



Familienkassen: vbba bleibt am Ball

**Bundeshaupt-
vorstandssitzung
in Kassel**

Lesen Sie mehr auf Seite

2

**Bearbeitungssituation
in den
Familienkassen**

Lesen Sie mehr auf Seite

6

**Tarifeinheit –
Bundesregierung will
Beschäftigten Grundrecht
nehmen**

Lesen Sie mehr auf Seite

27

Exklusiv und kostenlos für alle vbba-Mitglieder und ihre Angehörigen

WEIHNACHTLICHE SHOPPING (VOR-)FREUDE



Bild: ©julien tromeur – Fotolia.com



Da bleibt kein Wunschzettel leer

mydays.de – Verschenken Sie unvergessliche Momente und sparen Sie zusätzlich 10 % über die dbb vorteilswelt!



Westfalia.de – Von Autozubehör bis Werkzeuge – große Geschenkeauswahl zu tollen Preisen bietet für jeden das passende Geschenk!



Eintrittskarten.de – Ob Musicals, Konzerte oder Comedy. Verschenken Sie doch mal ein E – wie Erlebnisse mit einem Gutschein von Eintrittskarten.de



herrenaustatter.de – Schicke Herrenbekleidung, Hemden & Anzüge derzeit deutlich reduziert bestellen!



myToys.de – Jetzt Geschenke-Schnäppchen für Ihre lieben Kleinen sichern!

www.dbb-vorteilswelt.de

und vieles mehr ...



dbb
vorteilswelt



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit geraumer Zeit haben wir auf die enorme Arbeitsbelastung in den Familienkassen hingewiesen. Insbesondere die wachsende Arbeitsbelastung beim Kindergeld im Bereich des zwischen- und überstaatlichen Rechts haben wir klar kritisiert. Bereits unmittelbar nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes im Jahr 2012, wonach in Deutschland beschäftigte EU-Ausländer einen Kindergeldanspruch auch für ihre im Heimatland lebenden Kinder haben, hätte umgehend eine dauerhafte personelle Verstärkung erfolgen müssen. Was dann kam, war weder rechtzeitig und ausreichend noch dauerhaft. Ermächtigungen für die Einstellung von befristetem Personal stellen keine nachhaltige Unterstützung dar, zumal die Bearbeitung gerade in diesem Arbeitsfeld komplex ist. Im Gespräch mit der Redaktion des Wirtschafts- und Verbrauchermagazins WISO konnte ich unseren nachhaltigen Einsatz für unsere Kolleginnen und Kollegen deutlich machen. Unser Einsatz und unsere berechtigten Forderungen, die wir auch und insbesondere an die Politik (BMF) gerichtet haben, wurden in der ZDF-Sendung am 6. Oktober dargestellt. In meinem Statement habe ich gefordert, dass die Politik die BA in die Lage versetzen muss, dem Auftrag in qualitativer und quantitativer Hinsicht gerecht zu werden. Es werden also dringend zusätzliche Stellen benötigt. Folglich begrüßen wir es, dass es in dieser Hinsicht mit Blick auf den Haushalt 2015 Fortschritte zu geben scheint.

Mit dem „Gesetz zur Regelung der Tarifeinheit“ will die Bundesregierung trotz erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken massiv in die im Grundgesetz verankerte Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG) eingreifen. Danach soll ein Betrieb nur noch einen Tarifvertrag mit der zahlenmäßig größeren Gewerkschaft abschließen, zugleich soll das Streikrecht der zahlenmäßig kleineren Gewerkschaft genommen werden. Das ist 25 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschland kaum zu glauben und ein „Treppenwitz der Geschichte“. Dabei wird in Deutschland im europäischen Vergleich äußerst wenig gestreikt, die Gewerkschaften haben im letzten Jahrzehnt ohnehin Zurückhaltung bei den Einkommensforderungen geübt. Es stellt sich auch die Frage, wer eigentlich wie feststellen soll, welche Gewerkschaft mehr Mitglieder hat. Was ist, wenn sich die Lage nach beispielsweise neun Monaten ändert? Also auch in praktischer Hinsicht ein abenteuerliches Unterfangen! Wir fordern Arbeitsministerin Andrea Nahles auf, den Entwurf zurückzuziehen. Gerade die BA ist ein gutes Beispiel dafür, dass Tarifverträge mit verschiedenen Gewerkschaften, so auch mit der **vbba** unter dem Dach der dbb tarifunion erfolgreich abgeschlossen werden. Solche Erfolgsmodelle, denken Sie auch an die gemeinsamen Verhandlungen von dbb tarifunion und ver.di auf Bundesebene, sind durch den fragilen Gesetzesentwurf gefährdet. Das dürfen und werden wir nicht hinnehmen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nun geht das Jahr 2014 seinem Ende entgegen. Ich hoffe, dass Sie ein wenig Zeit zum Innehalten, zur Erholung oder vielleicht auch zum Wiedersehen Ihnen wichtiger, aber weit entfernt lebender Menschen finden. Ich wünsche Ihnen und Ihren Lieben frohe und gesegnete Weihnachten und alles Gute für das Neue Jahr!

Mit kollegialen Grüßen

Waldemar Dombrowski
vbba-Bundesvorsitzender

Aus dem Inhalt:

	Seite
Editorial	1
Bundeshauptvorstandssitzung.....	2
SGB II: Konferenz JC-PR.....	3
vbba Familienkasse	
Bericht im ZDF-Magazin WISO.....	6
vbba Leserbriefe	
Familienkasse	7
Familienkasse	7
Traueranzeige Gerhard Löffler.....	7
vbba Landesgruppen	
Treffen Landesvorsitzende.....	8
Baden-Württemberg	9
Berlin-Brandenburg	10
Sachsen	11
Zentrale-Services	12
vbba Gruppen	
Duisburg	13
Hamm	13
Berlin Süd und Mitte.....	14
Suhl.....	14
Osnabrück	15
Braunschweig	15
Zwickau.....	16
Vogtland	16
Hamburg	17
Offenburg.....	18
vbba jugend	
Treffen Bundesjugendleitung	19
Landesjugendtag dbb Sachsen-Anhalt....	19
Landesjugendversammlung NRW.....	20
NRW Weihnachtsmarkt.....	21
Pragfahrt.....	22
vbba frauenvertretung	
Arbeitsgruppe 1 tagt in Berlin.....	23
Arbeitsgruppe 2 zum Thema Demografie	24
vbba Arbeitskreise	
Schatzmeister tagen in Nürnberg.....	25
vbba Senioren	
Seminar Seniorenpolitik.....	25
Treffen der NRW-Senioren/innen	26
vbba tarif	
Treppenwitz der Geschichte.....	27
Tarifeinheit.....	28
Funktionsstufen	29
vbba Seminare	
BPersVG-Seminar Teil 2.....	29
TVDöD.....	30
Ausschreibung Seniorenseminare 2015.....	31
Übersicht 2015	32
vbba Beamte/innen	
EUGH-Urteil zur Altersdiskriminierung...	34
vbba Information	
Glückscent 2015.....	34
Beitragseinzug.....	34
Ansprechpartner/innen in der vbba ..	35
Impressum	35

Bundeshauptvorstand tagt in Kassel

Zum zweiten Mal in diesem Jahr kam der Bundeshauptvorstand zusammen, diesmal in Kassel vom 28.-29. November.

Die Themenvielfalt wurde schon anhand der prall gefüllten Tagesordnung deutlich. Zahlreiche Anträge wurden diskutiert und abgestimmt. Berichte u.a. aus den Bereichen Tarif, Beamtenrecht, Operativer Service, SGB III und II sowie Familienkasse, Frauen, Jugend, Senioren/innen, den beiden Grundsatzkommissionen, den Landesgruppen, dem Bereich Marketing sowie weitere Wortbeiträge gestalteten die Veranstaltung besonders interessant.



Harald Kirchner berichtet aus dem Bereich Tarif



vbba jugend: Anika Köhler, Ingo Wagner, Sascha Weber, Marcel Jansen, vorne: Patrick Eberitsch, Sabrina Naeve

Der Bundesvorsitzende **Waldemar Dombrowski** dankte im Verlauf der Veranstaltungen **Helmut Kleinbölting**, **Axel Klein** sowie **Manfred Feit** für ihre besonderen Verdienste für die **vbba**.

Begrüßen konnte er **Margit Bogner** als Mitarbeiterin in der Bundesgeschäftsstelle, deren Übernahme in ein unbefristetes Ar-

beitsverhältnis bei der **vbba** vom Bundeshauptvorstand einstimmig beschlossen worden war.

Die nächste Bundeshauptvorstandssitzung findet vom 29.-30. Mai 2015 statt, der Tagungsort wird noch bekanntgegeben.

Constanze Gläser



Waldemar Dombrowski, Bundesvorsitzender, Margit Bogner und Helmut Kilian (Bundesgeschäftsstelle)



Die Delegierten bei der Abstimmung

vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales

Arbeitsgruppe der Personalratsvorsitzenden im SGB II tagte in Berlin

Vom 25. bis 27. November fand, diesmal wieder traditionell in Berlin, das zweite Jahrestreffen der Arbeitsgruppe der Personalratsvorsitzenden der Jobcenter statt. Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch ein Grußwort des Staatssekretärs der Berliner Senatsverwaltung Boris Velter. Dabei würdigte er die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes in den letzten zehn Jahren unter anderem auch durch die Einführung des SGB II. Nicht unerwähnt ließ er jedoch die damit verbundenen Negativentwicklungen im Bereich des Niedriglohnssektors und die daraus resultierende Bedeutung des jetzt eingeführten Mindestlohns. In seinen Ausführungen über die örtliche Situation ließ vor allem die SGB II-Quote von 21 % in Berlin aufforchen, mit welcher die Stadt einen Spitzenplatz in Deutschland besetzt. Beim Thema „Jobcenter“ wies er u. a. auf das Erreichte hin, nämlich die Absenkung des durchschnittlichen Befristungsanteils bei den Beschäftigten auf 9,9 % sowie die Absenkung der Betreuungsschlüssel. Er räumte jedoch ein, dass bei allen Erfolgen die Belastung des Personals in den Einrichtungen unverändert hoch ist. Hervorzuheben sind noch seine Anmerkungen zu der nicht gerechtfertigten, einseitigen und negativen Berichterstattung über die Jobcenter, welche eine breite Zustimmung des Plenums fanden.

Im Anschluss an die Grußworte berichtete der Vorsitzende des Vorstands der Arbeitsgruppe, **Uwe Lehmsiek** über die Tätigkeit des Vorstands im abgelaufenen Jahr. Demnach hatte es zwei Vorstandssitzungen gegeben, welche sich insbesondere mit den Themen „Belastungen“, „Allegro“ und „Personalbemessung“ beschäftigten. U. a. trug er vor, dass es in den Jobcentern rund 6000 unbesetzte Planstellen gibt. Der Vertreter des BMAS nahm hierzu im Anschluss Stellung und stellte klar, dass davon nur 3000 Stellen beim Bund bzw. der BA betroffen sind und es sich dabei um Stellen handelt, welche wegen Krankheit, Elternzeit und Abordnung temporär nicht besetzt sind. Zurecht wies er darauf hin, dass solche Ausfälle durch befristete Einstellungen kompensiert werden können, da sie insoweit nicht der Befristungsobergrenze unterliegen. Dazu muss man wissen, dass eine Planstelle nicht unbesetzt ist, weil der Planstelleninhaber wegen der geschilderten Gründe nicht anwesend ist. Tatsächlich ist die abwesende Person weiterhin Stelleinhaber, weshalb eine dauer-



Teilnehmer/innen der JC-Tagung in Berlin

hafte Neubesetzung nicht möglich ist. Auf BA-Seite seien angeblich nur 60 unbesetzte Planstellen vorhanden. Zwar muss man die Ausführungen des Vorsitzenden zu den unbesetzten Planstellen insoweit relativieren, jedoch erscheint die Zahl von 60 unbesetzten Planstellen auch nicht plausibel. Bei rund 30.000 Beschäftigten der BA in den Jobcentern dürften diese wohl nicht einmal ansatzweise allein die fluktuationsbedingten Vakanzen darstellen.

Zu ALLEGRO führte Uwe Lehmsiek aus, dass die ursprünglichen Berechnungen der Jobcenter zu dem sich aus der Umstellung ergebenden Zusatzaufwand sich nun als korrekt erweisen und deutlich über den offiziellen Berechnungen liegen. Da kein zusätzliches Personal bewilligt wurde, müssen stattdessen Überstunden, auch an Samstagen, geleistet werden. Nach Meinung der Arbeitsgruppe ist der Umstellungszeitraum zu kurz, was man auch mit dem BMAS diskutiert hat. Demgegenüber stehen die offiziellen Aussagen der BA, wonach es bislang bei der Umstellung keine nennenswerten Probleme gibt und 95 % der Jobcenter im grünen Bereich liegen. In persönlichen Gesprächen des Verfassers mit Personalratsvorsitzenden vor Ort konnte durchaus der Eindruck gewonnen werden, dass die Softwareumstellung deutlich problemloser erfolgt, als es im Vorfeld von allen Beteiligten befürchtet wurde. Dass es nicht überall gleichsam störungsfrei verläuft, liegt dabei in der Natur der Sache und ist womöglich auch örtlichen Umständen geschuldet. Dass bei größeren Einheiten allein aufgrund des Schulungsaufwands die Umstellung schwerer zu bewältigen ist, muss dabei berücksichtigt werden.

Interessant waren auch die anschließenden Ausführungen des Vorsitzenden zum Perso-

nalbemessungsthema. Demnach wäre seiner Meinung nach eine echte Personalbemessung besser als das Schätzverfahren gewesen. Zudem werden bislang der Arbeitsgruppe (Vorstand) Ergebnisse vorenthalten. Dies wurde auch in einem Arbeitsgespräch mit dem BMAS diskutiert. Dieser Darstellung wurde vom Vertreter des BMAS in seiner Entgegnung entschieden widersprochen und er drückte seine Verwunderung über diese Äußerungen des Vorstands auch deutlich aus. Dabei machte er klar, dass dem Vorstand bislang regelmäßig alle Ergebnisse der Bemessung zur Verfügung gestellt wurden, außer den individuellen Auswertungen der einzelnen Jobcenter. Er betonte, dass die Arbeitsgruppe insoweit sogar mehr Informationen als die Geschäftsführer der Jobcenter erhalten habe und dies zu einem früheren Zeitpunkt.

Ein weiteres Thema des Tätigkeitsberichts war dann die eAkte. Der Vorstand der Arbeitsgruppe machte insoweit den Vorwurf, dass man erst auf Nachfrage über die eAkte informiert wurde und die bei der Besprechung in Eutin zur Verfügung gestellten Unterlagen unvollständig und einseitig gewesen sind. Insbesondere die Aussage, dass die Entscheidung über die Einführung angeblich offen ist, stellte er in Frage. Der Vertreter des BMAS wies diesen Verdacht zurück und führte zum Beweis aus, dass man wegen der offenen Entscheidung dem Wunsch der BA nach Umwandlung einer erheblichen Anzahl von Ermächtigungen in dauerhafte Planstellen im eAkte-Bereich nicht nachgekommen ist, eben weil es keinen Automatismus nach der Erprobung gibt.

Ebenfalls Thema des Berichts des Vorsitzenden war anschließend die Verwaltungsko-

stenproblematik der Jobcenter. Er verwies auf die Untersuchung der Beratungsfirma Kienbaum, welche eine Befragung der Jobcenter-Geschäftsführer zur Nachvollziehbarkeit des Haushalts und des Dienstleistungsportfolios durchgeführt hat. Demnach erfolgen selten Anbieterwechsel und es besteht eine große Abhängigkeit von den Dienstleistungen der BA. Die Frage „make or buy“ steht dabei immer wieder im Raum. Zudem bestehen Probleme bei der Kostenabgrenzung, da die VKFV (Verwaltungskostenfeststellungsverordnung) gewisse Unschärfen besitzt. Daher wird es auch zum 01.01.2015 eine erste Novelle der VKFV geben. Das Ergebnis der Kienbaum-Studie wird allerdings trotz der Probleme der Jobcenter mit Planung und Auskömmlichkeit der Verwaltungskosten keinen Einfluss auf die Mittelverteilung haben. Das Bundesnetzwerk der Geschäftsführer/innen der Jobcenter hat in diesem Zusammenhang ein Schreiben an die Träger und das BMAS verfasst, in welchem insbesondere auf das Problem der steigenden Kosten bei sinkenden Budgets hingewiesen wird. Das BMAS hat hier die Forderung nach einem Sockelbetrag/Grundbetrag für die Jobcenter zurückgewiesen da sich die Verteilung angeblich bewährt hat. Der anwesende Vertreter des BMAS, **Herr Kummer**, wies in seiner Entgegnung darauf hin, dass den Jobcentern 2005 je eLb für Eingliederungsleistungen und Verwaltung 1.328,- € zur Verfügung gestanden haben. 2014 lag dieser Betrag bei 1.872,- € je eLb zuzüglich 77,- € aus verteilten Restmitteln. Diese Darstellung des BMAS kann man fraglos als „Milchmädchenrechnung“ bezeichnen, da verschiedene Aspekte einfach ausgeblendet werden. Allein der Vergleich mit 2005 ist unzulässig, da man sich damals seitens des Gesetzgebers bei der prognostizierten Zahl von Bedarfsgemeinschaften ordentlich verrechnet hatte und insoweit auch die Dimensionierung des Personals 2005 unzureichend war. Die schnell ansteigende Zahl der Bedarfsgemeinschaften führte schon ab 2006 zu einer deutlichen Aufstockung der Personalkapazitäten. Des Weiteren muss man auch die stetig steigenden Personal- und Dienstleistungskosten berücksichtigen, welche durch die Jobcenter nicht beeinflussbar sind. Gerade die Dienstleistungskosten, insbesondere die IT-Kosten, zeichnen sich durch regelmäßige, deutliche Steigerungen aus. Von den an sich erfreulichen Tarifsteigerungen der Gehälter mag man da gar nicht reden. Schlussendlich muss sich die Politik auch vorhalten lassen, dass der Gesetzgeber durch zusätzliche Aufgaben und Verschlimmbesserungen in der Gesetzgebung den Aufwand für die Jobcenter deutlich erhöht hat. Allein die Reform 2011 war hier ein starker Kostentreiber. Dazu kamen natürlich auch immer weitergehende Anforderungen der Träger an die Jobcenter bezüglich Haushalts-, Personal- und Zielplanung sowie Controlling, was auch den Personaleinsatz in diesen Bereichen steigerte. Nicht unerwähnt kann auch bleiben, dass 2005 die Eingliederungsmittel völlig unbelastet durch Verbindungen für die

Kunden zur Verfügung standen. Die Meinung des BMAS, dass die Verwaltungsbudgets auskömmlich sind, ist insoweit durch keinerlei sachliche Berechnung begründet. Allein die Tatsache, dass Jobcenter selbst bei Einhaltung aller Personalschlüssel immer noch erhebliche Beträge aus den Eingliederungsmitteln umschichten müssen, zeigt, dass solche Behauptungen jeglicher Grundlage entbehren. Hier hilft auch nicht der Hinweis, dass kleine Jobcenter eben zu größeren Einheiten fusionieren sollen. Das entspricht nicht den politischen Realitäten. Eine gewisse Erleichterung soll laut den Ausführungen von Herrn Kummer jedoch das 9. Änderungs-gesetz zum SGB II bringen. Hier werden die Voraussetzungen geschaffen, dass Jobcenter in verschiedenen Aufgabengebieten übergreifend zusammenarbeiten können. Abschließend äußerte der Vertreter des BMAS, dass es bislang keinen politischen Willen zur Verbesserung der Finanzen der Jobcenter gibt. Zum Ende seines Vortrags ging der Vorsitzende in seinem Bericht noch auf die Themen „Sozialer Arbeitsmarkt“ und „13. Änderungs-Tarifvertrag“ ein. Er wies darauf hin, dass in einem Gespräch mit einem Vertreter der Zentrale der BA in Pirna die Auffassung des Vorstands zum Thema „Funktionsstufen“ und „SGG“ bestätigt wurde. Teilweise sind diese Änderungen vor Ort allerdings noch immer nicht umgesetzt.

Im Anschluss an den Bericht des Vorsitzenden fanden dann die Treffen der Ländergruppen statt, mit welchen der erste Tag auch zu Ende ging.

Ein Highlight des zweiten Tages war zweifelsohne der Besuch von Staatssekretärin **Annette Kramme** aus dem BMAS. Sie berichtet über die neuen Projekte zum Thema „Langzeitarbeitslosigkeit“ (z. B. Soziale Teilhabe), da die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit/des Langzeitbezugs beim BMAS deutlich im Fokus steht. Wie sie weiter ausführte, gibt es eine Million Langzeitarbeitslose, von denen 25 % über vier bis sieben Vermittlungshemmnisse verfügen. Zudem sollen sog. „Aktivierungszentren“ an den Standorten von 50plus errichtet werden um dort die Kenntnisse der 50plus-Mitarbeiter/innen zu erhalten. Aus diesem Grund sind die kw-Vermerke für die Planstellen im Bereich 50plus auf den 31.12.2018 verlängert worden.

Diskutiert wird politisch auch immer noch über den sogenannten Passiv-Aktiv-Transfer, den sie im Grunde positiv sieht. Allerdings ist es angesichts des Rechtsanspruchs auf Alg II problematisch, da letztlich bei einem Misslingen immer der Finanzminister einspringen muss. Zudem ist das System auch nicht billig. Zu der Thematik „Personal“ und „Verwaltungshaushalt“ erläuterte sie höchst aufschlussreich, dass das Finanzministerium nur sehr schwer von der Notwendigkeit einer Verbesserung zu überzeugen ist. Politisch bestehen hier wenige Aussichten. Immerhin ist es gelungen, die Finanzsituation der Jobcenter durch Verteilung von Restmitteln aus dem Vorjahr zu verbessern. Insgesamt stehen

dadurch für die Legislaturperiode 1,4 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Deutlich waren auch ihre Ausführungen bezüglich der brisanten Bezahlungsproblematik. Aufgrund der unterschiedlichen Tarifverträge geht in den Jobcentern die Schere zwischen den kommunalen und BA-Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen immer weiter auseinander. Mit den entsprechenden Problemen konfrontiert, machte Annette Kramme klar, dass dieses Problem juristisch nicht lösbar ist. Die Politik hat hier keinerlei Möglichkeiten, auf die Träger einzuwirken. Letztlich kann hier nur eine tarifliche Lösung erfolgen, wobei in persönlichen Gesprächen vor Ort mit kommunalen Vertretern/innen klar wurde, dass hier ein sehr dickes Brett zu bohren sein wird. Weiterhin führte sie aus, dass im kommenden Jahr Rechtsvereinfachungen durch entsprechende Änderungen des SGB II eintreten werden. Beispielhaft nannte sie die Verlängerung der Bewilligungszeiträume sowie die Beseitigung der Schnittstellen zum BAföG. Sehr deutlich waren auch ihre Aussagen bezüglich einer einheitlichen Diensttherreneigenschaft der Jobcenter. Demnach sieht sie angesichts der extra für die Jobcenter erfolgten Grundgesetzänderung politisch keine Chance für eine weitere Änderung. Im Anschluss an ihren Vortrag stellte sich die Staatssekretärin den teilweise sehr kritischen Fragen der teilnehmenden Personalsratsvorsitzenden, welche sie souverän beantwortete.

Im Anschluss an den Besuch der Staatssekretärin stand dann das nicht minder brisante Thema „eAkte“ auf der Tagesordnung. Uwe Lehmsiek und Gerd Zimmer aus dem geschäftsführenden Vorstand der Arbeitsgruppe befassten sich mit den aus ihrer Sicht möglichen negativen Auswirkungen einer Einführung. Eingangs stellten sie dabei klar, dass das E-Government-Gesetz grundsätzlich gem. § 1 Abs. 5 Nr. 3 ausdrücklich nicht für das SGB II gilt, sodass mit dieser Vorschrift die Notwendigkeit eines Umstiegs nicht begründet werden kann. Danach erläuterten sie die ihrer Meinung nach wesentlichen Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und zwar hinsichtlich Datenschutz, Ergonomie und Arbeitsbelastung. Die seitens der BA offiziell aufgeführten Vorteile wurden mit entsprechenden Gegendarstellungen versehen. Man muss allerdings anmerken, dass die Gegenargumente weitgehend genauso hypothetisch ausfielen wie die vermeintlichen Vorteile. Z. B. wurde festgestellt, dass die Servicecenter kein Erfolgsmodell sind, was in der Praxis so einfach nicht stimmt. Es gibt durchaus ausreichend positive Beispiele und die Mitarbeiter/innen, welche mit gut funktionierenden Servicecentern zusammenarbeiten, möchten erklärterweise auf keinen Fall zurück zur Eigentelefonie. Solche Aussagen dienen daher kaum einer sachlichen Betrachtung.

Dagegen ist andererseits die von der BA behauptete Steigerung der Kundenzufriedenheit aufgrund besserer Arbeitsqualität und kürzere Bearbeitungsdauer genauso



dbb-Vielfalt unter einem Dach.

reine Vermutung, wie die von den Vortragenden erhobenen, gegenteiligen Behauptungen. Hier sollte man sich ein Urteil bilden, wenn in den Pilot-Jobcentern auswertbare Ergebnisse vorliegen. Insgesamt wäre es der Sache dienlich, wenn man die Ergebnisse der Pilotversuche abwartet, bevor im Vorfeld eine totale Ablehnung erfolgt. In dem Zusammenhang ist es bemerkenswert, dass beispielsweise Optionskommunen schon mit der eAkte arbeiten und deren Mitarbeiter/innen dies sehr positiv sehen. Es wird einfach darauf ankommen, wie gut die technische Anpassung an das SGB II ausfällt und wie die Ergonomie und die Arbeitsbedingungen im Sinne der Beschäftigten ausgestaltet werden. Es wird eine der großen Aufgaben der Personalvertretungen sein, sowohl den Pilotbetrieb als auch eine eventuelle Einführung kritisch zu begleiten. Abschließend wurde in dem Vortrag die eAkte hinsichtlich der Geltung des § 50 Abs.3 SGB II beleuchtet, wobei man zu dem Ergebnis kam, dass sie nicht unter diese Vorschrift fällt. Auch hier werden die Gerichte das letzte Wort haben. Inzwischen ist ein Fall schon beim Bundesverwaltungsgericht gelandet und man wird wohl in nicht allzu ferner Zukunft die Antwort auf diese Frage kennen.

Der Nachmittag des zweiten Tages begann dann mit einem interessanten Beitrag zum Thema „Einigungsstelle“. **Klaus Orth**, der Vorsitzende der Einigungsstelle im Jobcenter Bochum, stellte aufgrund eigener praktischer Erfahrungen kurzweilig und überzeu-

gend die wesentlichen Verfahrensschritte dar. Die Präsenz der Teilnehmer/innen so kurz nach der die Aufmerksamkeitsschwelle senkenden Mittagspause zeigte, dass hier ein großer Informationsbedarf bei den Kollegen/innen besteht.

Schlussendlich folgte zum Abschluss des Tages ein Vortrag des Personalwirtschaftsausschusses zum Haushaltsfeststellungsverfahren und der Personalbedarfsplanung. Dabei wurden diese Themen vor allem aus personalvertretungsrechtlicher Sicht beleuchtet.

Der letzte Sitzungstag war dann zuerst den Anträgen an den Vorstand gewidmet. Der erste Antrag richtet sich darauf, dass der Vorstand sich in Gesprächen mit dem BMAS, den kommunalen Spitzenverbänden und der BA dafür einsetzen soll, dass für die Umsetzung des 4-Augen-Prinzips im Rahmen der Kassensicherheit zusätzliches Personal und zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. In gewisser Weise waren die Forderungen zumindest teilweise durch Aussagen der Staatssekretärin Kramme und dem Vertreter des BMAS bereits erfüllt, da von diesen für 2015 die Bereitstellung von 400 Stellen zugesagt wurde. Allerdings ist damit, wie immer, keine finanzielle Hinterlegung verbunden, so dass die Jobcenter auch diese Stellen aus den bereits notleidenden Verwaltungsbudgets durch weitere Umschichtungserhöhungen finanzieren müssten. Zudem klingen 400 Stellen zwar nach viel, bedeuten im Schnitt aber nur rund 1,3 Stellen je Jobcenter. Da relativiert sich der positive Effekt vor Ort. Der Antrag wurde deshalb auch einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag stellte die Forderung auf, dass die Träger entsprechend der gesetzlichen Vorschrift des § 44 k SGB II den Jobcentern wie vorgesehen die Planstellen und Ermächtigungen auch tatsächlich zur Bewirtschaftung übertragen. Hier bestehen bundesweit insbesondere auf kommunaler Seite noch deutliche Defizite. Die weitere Forderung bestand darin, dass die Träger Weisungen zur Bewirtschaftung der Stellen nur in einem Maße erlassen, welche die eigenverantwortliche dezentrale Organisation der Jobcenter ausreichend berücksichtigt. Im dritten Teil des Antrags wurde die BA aufgefordert, den Jobcentern die eigenverantwortliche Bewirtschaftung des Stellenplans durch geeignete externe IT-Verfahren in der IT-Infrastruktur der BA zu ermöglichen. Auch dieser Antrag wurde nach kurzer Diskussion mit der

Mehrheit der Stimmen befürwortet. Zuletzt stand noch ein Dringlichkeitsantrag für eine Resolution zur Abstimmung. Die Resolution beinhaltete eine Solidaritätsbekundung der Arbeitsgruppe mit einer Personalratsvorsitzenden eines Jobcenters, welche wegen eines Verstoßes gegen das Verschwiegenheitsgebot von ihrer Geschäftsführerin verklagt worden war. Der Antrag löste eine Debatte über seine Dringlichkeit aus, da der Vorgang bereits seit Juli 2014 öffentlich bekannt war. Es wurde insoweit das Argument vorgebracht, dass der Betroffenen erst 14 Tage vor der Sitzung von der Geschäftsführerin eröffnet wurde, dass sie die Klage entgegen ursprünglichen Aussagen nicht zurückziehen wird. Letztlich wurde die Dringlichkeit vom Plenum bestätigt. Danach galt es dann auch noch über den Inhalt abzustimmen, was eine weitere Debatte auslöste. Manche Teilnehmer/innen fühlten sich überrumpelt und waren von dem nicht immer sachlichen Inhalt der Resolution nicht überzeugt. Zu Recht wurde angemerkt, dass der zugrundeliegende Sachverhalt im Wesentlichen nicht bekannt und die Aussagen in der Resolution daher nicht nachvollziehbar sind. Tatsächlich muss man sich fragen, inwieweit man sich einer Resolution anschließt, deren Hintergründe nur in groben Zügen und bruchstückhaft bekannt sind. Es besteht dabei durchaus die Gefahr, dass man Solidarität bekundet, obwohl dann das Gericht der Klage stattgibt. Ein Verstoß gegen das Verschwiegenheitsgebot ist personalvertretungsrechtlich kein Kavaliersdelikt. Dieses Gebot gehört auch zu den Eckpfeilern der vertrauensvollen Zusammenarbeit, weshalb nicht vorstellbar ist, dass hier leichtfertig Klage erhoben wird. Ein Abwarten des Verfahrensausgangs wäre taktisch womöglich sinnvoller, da bei einer Abweisung der publizistische Vorteil auf Seiten der Arbeitsgruppe liegen würde. Letztendlich wurde die Resolution am Ende von der Mehrheit der Teilnehmer/innen befürwortet.

Zum Abschluss der Veranstaltung berichteten die Sprecher/innen der Ausschüsse „Betreuungsschlüssel“, „Arbeits- und Gesundheitsschutz“, „Informationstechnologie“, „Befristungen“, „Personalentwicklung“ und „Personalwirtschaft“ über die Ausschussarbeit. Mit dem Schlusswort des Vorsitzenden endete danach eine intensive und angesichts der geladenen Gäste interessante und kurzweilige Veranstaltung.

Uwe Mayer

Die vbba für Sie immer am Ball

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

im WISO-Magazin vom 6. Oktober 2014 (ZDF) wurden die erheblichen Bearbeitungsrückstände und ihre Konsequenzen für die Kindergeldberechtigten im Bereich des Kindergeldes mit zwischenstaatlichem Bezug thematisiert. Der Sprecher der BA räumte Managementfehler in der BA ein und dass man zu viele Reformen in zu kurzer Zeit umsetzen wollte (Famka-Reform, Umstellung auf eAkte). Diese späte Erkenntnis der BA haben wir bereits vor anderthalb Jahren gehabt und thematisiert. In der ZDF-Sendung kamen das Engagement und die Kritik der **vbba** sehr gut zum Ausdruck.

Unter anderem zitierte die Redaktion aus einem Statement, das der **vbba**-Bundesvorsitzende **Waldemar Dombrowski** dem ZDF vor der Sendung auf Anfrage gegeben hatte. Darin wurde u.a. die Politik (BMF) aufgefordert, dass sie die BA in die Lage versetzt, den Aufgaben in quantitativer und qualitativer Hinsicht gerecht zu werden. Dazu gehört eine dauerhafte angemessene Personalausstattung!

Die gegen uns seinerzeit vorgebrachten Attacken (die Kritikpunkte würden nicht der Wirklichkeit entsprechen) hat der Sprecher der BA in der Sendung letztlich zurück genommen. Allen, die sich an der engagierten Aufarbeitung des Themas beteiligt haben, danken wir an dieser Stelle. Wir bleiben weiterhin am Ball!

Ihre **vbba**

Statement zur Situation beim Kindergeld mit Auslandsbezug



WISO-Logo ab 04/2014 EPS

1. Die **vbba** Gewerkschaft Arbeit und Soziales hat bereits im Frühjahr 2013 gegenüber der Direktion der Familienkasse der BA sowohl auf die kritische Situation der Familienkassen im Allgemeinen als auch im Bereich der Gewährung des Kindergeldes mit Auslandsbezug hingewiesen.
2. Bereits vor einem Jahr (07. Oktober 2013) haben wir die gravierenden Missstände bei der Bearbeitung des Kindergeldes mit Auslandsbezug öffentlich kritisiert. Die äußerst angespannte Bearbeitungssituation war weder für die auf das Kindergeld angewiesenen Menschen noch für die überbelasteten Kolleginnen und Kollegen zumutbar. Beschäftigte mit langjähriger Berufserfahrung in diesem Arbeitsgebiet haben uns von einer extremen Arbeitsbelastung „ohne Chance auf ein Licht am Ende des Tunnels“ berichtet.
3. Bereits unmittelbar nach dem betreffenden Urteil des EuGH war offensichtlich, dass das Anspruchsvolumen stark steigen

würde. Umgehend hätte eine Aufstockung des Personals erfolgen müssen. Für Kenner der Materie war klar, dass die große Komplexität und der aufwendige Bearbeitungsprozess eine fundierte theoretische Qualifizierung, praktische Einarbeitung und eingeübte Anwendung erfordert. Eine gute und qualifizierte Arbeit ist in diesem anspruchsvollen Aufgabenbereich nicht von heute auf morgen zu erreichen, sondern erfordert Zeit!

Eine Unterstützung durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der klassischen Kindergeldgewährung (Inland) war und ist bis heute nicht möglich. Auch in diesem Aufgabenfeld gibt es erhebliche Bearbeitungsrückstände, zumal sich die Lage in der Phase der Einführung der sogenannten „eAkte“ verschärft hat.

4. Wir begrüßen die von uns geforderte personelle Verstärkung für die Bearbeitung des Kindergeldes im Bereich des zwischen- und überstaatlichen Rechts. Allerdings stellt die lediglich zeitlich befristete Einstellung von Personal keine nachhaltige Lösung dar. Vielmehr besteht die Gefahr, dass sich die Situation bei Auslaufen der Arbeitsverträge der dann qualifizierten Kräfte erneut dramatisch verschlechtert. Wir fordern die dauerhafte Schaffung von zusätzlichen Stellen! Die Politik muss die BA in die Lage versetzen, dem Auftrag in

quantitativer und qualitativer Hinsicht gerecht zu werden.

5. Wir gehen davon aus, dass das Antragsvolumen in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Wir fordern die Politik auf, die Lage für die betroffenen Anspruchsberechtigten und für die Beschäftigten dauerhaft zu verbessern. Diesem Anspruch muss Deutschland, das wirtschaftlich von der EU profitiert, endlich gerecht werden!

**vbba –
kompetent,
engagiert,
innovativ
und
vor Ort
für Sie da!**

Sehr geehrter Herr Dombrowski,

kürzlich habe ich nichtsahnend einen Beitrag in der Sendung "WISO" zur Lage in den Familienkassen gesehen. Zu meiner Überraschung ist dort die Spitze der **vbba** zu Wort gekommen. Sie haben ja so Recht mit Ihrer Meinung, wir haben seit zwei Jahren eine immer schwierigere Zeit! Mir war nicht klar, dass Sie schon seit Längerem an der Baustelle arbeiten. Ich wollte einfach sagen, das ist klasse! Unsere Leitung hat das Problem lange unterschätzt, manche sagen auch verniedlicht. Aus Nürnberg hat es lange keine echte Unterstützung gegeben. Ich glaube, die schätzen den Schwierigkeitsgrad und das Volumen unserer Bearbeitung falsch ein. Manchmal fühlt man sich wie das 5. Rad am Wagen. Bitte schauen Sie weiterhin genau hin! Danke nochmals!

Sehr geehrte Herr Dombrowski,

vor einigen Tagen wurde im ZDF-Magazin „WISO“ über die desaströse Lage in den Familienkassen berichtet. Der Beitrag war recht gut recherchiert, wobei zu kurz kam, dass nicht nur beim Kindergeld mit Bezug zum zwischen- und überstaatlichen Recht die Arbeitsbelastung sehr hoch ist sondern auch im normalen Familienkassenbereich! Zu meiner großen Freude hat sich in dem Beitrag die **vbba** sehr deutlich zu Wort gemeldet. Die TV-Leute haben aus verschiedenen kritischen Veröffentlichungen der **vbba** zitiert. Ich möchte Ihnen an dieser Stelle für die klaren Worte danken! Das war am nächsten Morgen auch Hauptthema bei uns im Haus. Sie haben als Fachgewerkschaft die Probleme aufgezeigt, als andere diese nicht gesehen haben oder verdrängten! Uns an der Basis wurde wegen der Ergebnisse ein schlechtes Gewissen eingeredet, in Wirklichkeit waren und sind die Rahmenbedingungen immer noch problematisch. Herzlichen Dank für Ihren Einsatz!

Die Leserbriefe geben die Meinung des/der Einsenders/innen wieder. Der Name des/der Einsenders/in ist der Redaktion bekannt.

NACHRUF

Gerhard Löffler

Am 05.11.2014 ist unser ehemaliges Mitglied des Bundesvorstandes Gerhard Löffler im Alter von 85 Jahren verstorben.

Gerhard Löffler war von 1989 bis 2010 Mitglied des Bundesvorstandes der **vbba**. Als Beisitzer war er für den Bereich der Versorgung und Angelegenheiten der Senioren zuständig. Er galt in diesem komplexen und komplizierten Rechtsgebiet als uneingeschränkter Experte. Seine Rechtsauskünfte und Versorgungsberechnungen waren bundesweit geschätzt. Seine von allen anerkannte Fachkompetenz hatte er sich während seiner 44jährigen Berufstätigkeit in der Bundesanstalt für Arbeit schwerpunktmäßig in der Personalarbeit erworben.

Nach seiner Pensionierung im Jahr 1992 galt seine Leidenschaft der Arbeit im Bundesvorstand der **vbba**. Auch in anderen staatsbürgerlichen und kirchlichen Ehrenämtern war Gerhard Löffler engagiert. Dafür wurde ihm 1991 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Lieber Gerhard, wir danken Dir für alles und werden Dich nicht vergessen!

Waldemar Dombrowski
Bundesvorsitzender der **vbba**

<ul style="list-style-type: none">Beamtdarlehen ab 10.000 € - 120.000 €Extra günstig vom SpezialistenUmschuldung: Raten bis 50% senkenBaufinanzierungen günstig bis 120% <p>0800 - 1000 500 Free Call Wer vergleicht, kommt zu uns. Seit über 35 Jahren.</p>	 <p>Deutschlands günstiger Autokredit 3,95% effektiver Jahreszins 5.000 € bis 50.000 € Laufzeit 48 bis 120 Monate</p> <p>Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 30.000 €, Lfz. 96 Monate, 3,95% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,88% p.a., Rate 365,- €, Gesamtkosten 34.928,25 €</p> <p>Autokredit www.Autokredit.center</p>	 <p>AK FINANZ Kapitalvermittlungs-GmbH E3, 11 Planken 68159 Mannheim Fax: (0621) 178180-25 Info@AK-Finanz.de</p>	<p>Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte o.D. / Berufssoldaten / Akademiker Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 €, effektiver Jahreszins 4,50%. Bruttobetrag 46.620 €, Sicherheit: Kein Grundschuldentrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus. Ablösung teurer Ratenkredite, Mobilkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate. Sonderkündigung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.</p>
--	--	--	---

Stolberg im Harz – Arbeitstreffen der Landesgruppen

Um seitens der vbba-Landesgruppen die Themen der Bundeshauptvorstandssitzung vorzubereiten und auch um die dort herrschenden Themenfülle zumindest zeitlich zu straffen, finden vorab Treffen der Vorsitzenden der vbba-Landesgruppen statt.

Dieses Mal fand das Treffen in Stolberg im Südharz vom 10. bis 11. Oktober statt.

Die zehn Teilnehmer/innen erwartete ein volle Tagesordnung.

So ging es insbesondere um die Tagesordnung der Bundeshauptvorstandssitzung

(Stand der Anträge, Marketing, Mitgliederbetreuung, Grundsatzkommissionen).

Aber auch weitere Themen wie die Personalratswahlen 2016, Unterstützung für die vbba-Personalräte und „Gewalt am Arbeitsplatz -> Arbeitsunfall?“ standen auf dem Programm.

Die Teilnehmer konnten als Gast den Bundesvorsitzenden der vbba, **Waldemar Dombrowski** begrüßen.

Der Bundesvorsitzende informierte über die aktuellen Themen aus vbba-Bundesvorstand, dbb-Vorstand und Politik.

Um auch ein wenig über die Geschichte des Veranstaltungsortes zu erfahren, stand der Abend des 10. Oktober unter dem Motto: Thüringer Bratwurst (zumindest an der Grenze zu Thüringen) und die Geschichte von Stolberg kennenlernen.

Unser Stadtführer brachte uns ein Potpourri aus historischen Ereignissen (**Thomas Münzer**, ein Weggefährte Luthers wurde hier geboren), Architektur und aktueller Nutzung dar und ließ uns viel Wissenswertes mitnehmen und manch einer wird privat wiederkommen.

Heiko Lemke

INFORMATION DES DBB-VORSORGEWERK



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

Krall Dir die Schnäppchen

Weihnachtszeit ist Shoppingzeit! Das kostenfreie Online-Shopping-Portal – die dbb vorteilswelt – ist für alle vbba-Mitglieder die ideale Ergänzung zum Weihnachtsshopping im Kaufhaus: Mehr als zweihundert Shops bieten in der „dbb shoppingwelt“ die vielseitigsten Geschenkideen für die ganze Familie samt tierischem Hausgenossen und locken dazu mit attraktiven Preisvorteilen.

Zalando – Lassen Sie Ihre Frau schreien vor Glück. Schuhe, Mode und Accessoires aller Couleur warten auf neue Besitzerinnen. Elegante Handschuhe oder ein schicker Strickpullover kommen immer gut an. **Ihr Vorteil:** fünf Prozent Bonus

Buttlers – Ihr Shop für schöne Dinge. Ob günstige Ideen für Ihr Zuhause, bezahlbare Wohntrends oder Dekorationsartikel für jeden Anlass: hier werden Sie jederzeit fündig! Verwandeln Sie Ihr zu Hause in ein „Winter Wonderland“. **Ihr Vorteil:** vier Prozent Bonus

myToys – Kinder und Enkelkinder freuen sich immer über neue Spielsachen. Wie wäre es beispielsweise mit „Rappel Zappel“ – ein unterhaltsames Geschicklichkeitsspiel für die ganze Familie. **Ihr Vorteil:** drei Prozent Bonus

Audible – Was gibt es schöneres, als in dieser Jahreszeit bei Kerzenschein und Spekulatius auf der Couch zu sitzen. Nutzen Sie die freie Zeit und lassen Sie die Seele baumeln, mit einem Hörbuch von audible. Von Spaß bis Spannung finden Sie hier alles. **Ihr Vorteil:** neun Prozent Bonus!

Weihnachtliches für Haustiere

Fressnapf

Alles für Ihr Tier! Das darf Fressnapf – Europas größter Fachmarkt für Heimtierbedarf – wirklich von sich behaupten. Denn mit einer Vielzahl an Produkten, vom Tierfutter bis zum tierischen Accessoire bleibt hier kein Wunsch offen. Tierhalter finden im Fressnapf Online-Shop mit Sicherheit das Richtige für Ihren haarigen, gefiederten, gepanzerten oder schuppigen Liebling. **Ihr Vorteil:** drei Prozent Bonus!

Probieren Sie es einfach mal aus, es lohnt sich für Sie!

www.dbb-vorteilswelt.de

Unser Tipp: Über Sonderaktionen und neue Shops in der dbb vorteilswelt informiert Sie der kostenfreie Newsletter. Anmeldungen ebenfalls unter www.dbb-vorteilswelt.de

Stellenausschreibungen – Ende der „Kirchturmpolitik“

Die vbba-Landesgruppe Baden-Württemberg begrüßt die Entscheidung der Regionaldirektion, im RD-Bezirk Baden-Württemberg ab sofort grundsätzlich wieder alle besetzbaren Stellen für alle BA-Beschäftigten in den Agenturen, Jobcentern und Familienkassen intern auszuschreiben und nach Besteigung im Rahmen von regulären Stellenbesetzungsverfahren zu besetzen.

In der Vergangenheit wurden freie und besetzbare Stellen aus nicht immer nachvollziehbaren Gründen häufig nur innerhalb der

eigenen Agentur oder des eigenen IS-Bezirks im Rahmen von Interessenbekundungsverfahren „ausgeschrieben“. Fast immer wurden auch – als Nachwirkung von BAG-Urteil und „Abbaupfad“ – befristete Beschäftigte komplett ausgeschlossen.

Diese „Kirchturmpolitik“ hat nun ein Ende, es gibt nun grundsätzlich keine Begrenzung des Bewerberkreises mehr. Ausschreibungen der TE IV und TE III werden im Stellenanzeiger der Regionaldirektion veröffentlicht. Jeder Interne Service muss zukünftig Stellenausschreibungen der TE V und TE VI im

BA-Intranet für alle Beschäftigten einsehbar einstellen. Nicht (mehr) zulässig sind Interessenbekundungsverfahren für Stellenbesetzungen. Somit ist zukünftig mehr Fairness und Transparenz gegeben.

Damit wird eine Forderung der vbba-Landesgruppe Baden-Württemberg erfüllt, die sowohl direkt als auch über ihre Vertreter im Bezirkspersonalrat mehrfach an die Regionaldirektion gestellt – und zuletzt noch auf dem Landesgewerkschaftstag am 22./23.09.2014 von den Delegierten – bekräftigt wurde.

vbba – wir machen uns stark für Sie. Machen Sie uns noch stärker!

**Nur satzungsgemäße
Beitragszahlungen
sichern Rechte
und Ansprüche!**

vbba – immer für Sie am Ball!

dbb Hearing Fachkräftemangel Teilnahme einer Delegation der vbba

Am 7. Oktober fand im dbb forum berlin ein Hearing zum Thema **Fachkräftemangel – Team „öffentlicher Dienst“ sucht Verstärkung – statt. Die vbba war mit einer Delegation vor Ort vertreten.**

Es diskutierten die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, **Aydan Özoguz**, Bundesagentur für Arbeit-Vorstand **Heinrich Alt** sowie Praktikerinnen und Praktiker aus verschiedenen Bereichen des öffentlichen Dienstes die aktuelle Lage in Sachen Fachkräftemangel und mögliche Lösungen.



Klaus Dauderstädt

In seiner Begrüßungsrede warnte der dbb Bundesvorsitzende **Klaus Dauderstädt** vor einer Unterschätzung des drohenden Fachkräftemangels im öffentlichen Dienst und machte deutlich, dass das Alarmschlagen des gewerkschaftlichen Dachverbandes angesichts fehlenden Personals weit entfernt von „Panikmache“ sei. „Es brennt!“, sagte der dbb Chef mit Blick auf die Nachwuchssituation. Er rechnet in den kommenden 15 Jahren mit 1,5 Millionen Wechseln in den Ruhestand. Erwartet werden im gleichen Zeitraum etwa 800.000 Neueinstellungen, was nach Adam Riese einen fast gleich hohen Fehlbestand von 700.000 freien Stellen ergibt.



Aydan Özoguz

In ihrem Impulsreferat „Diversity im öffentlichen Dienst – Herausforderung und Chance für die Bundesverwaltung“ wies die Integra-

tionsbeauftragte der Bundesregierung, **MdB Aydan Özoguz** auf die große Gruppe der Migrantinnen und Migranten als Quelle für den Nachwuchs im öffentlichen Dienst hin. Dabei ging es ihr nicht nur um die Förderung dieser Gruppe, sondern auch um die Akzeptanz innerhalb der Migrantenfamilien für die Arbeit im öffentlichen Dienst. Nur wenige ausländische Eltern trauen ihren Kindern zu, eine Ausbildung und Beschäftigung in einem Amt bzw. einer Behörde zu. Dazu gehört aber auch, dass sich die Verwaltung bewegen muss und Zugangsbarrieren abbaut. Als positives Beispiel benannte sie die Bundesagentur für Arbeit mit der „Charta der Vielfalt“.



Heinrich Alt

Herr Heinrich Alt, Vorstand Arbeitsmarkt der Bundesagentur für Arbeit, referierte zum Thema „Fachkräfte: Herausforderung für den öffentlichen Dienst“. Er umriss kurz die aktuelle Arbeitsmarktsituation mit 42 Millionen Beschäftigten und der niedrigsten Arbeitslosigkeit seit zwei Jahrzehnten. Er sah das Problem derzeit nicht in einem Mangel an Fachkräften, sondern im Erhalt des Bestandes. Oft wurde im Bereich der Industrie und des Handwerks von diesem Mangel gesprochen, neu ist, dass dieser jetzt auch mit dem öffentlichen Dienst in Verbindung gebracht wird.

Er mahnte den öffentlichen Dienst an familienfreundlicher zu werden, nicht nur im Hinblick auf Kinder, sondern auch in der stärker aufkommenden Situation der Pflege. Die freie Wirtschaft ist hier weiter. Der öffentliche Dienst muss flexibler gestaltet werden. Heinrich Alt gab zu, dass der

öffentliche Dienst der größte Sünder bei der Befristung von Beschäftigungsverhältnissen ist. Eine mittelfristige Personalplanung erscheint nicht möglich und beschreibt die Situation bei der BA und den Jobcenter. Im Krisenfall kommt es zum massiven Personalaufbau, der nach Krisenende wieder abgebaut werden muss. Dennoch ist der öffentliche Dienst in Deutschland einer der wichtigsten Faktoren im internationalen Wettbewerb. Alt warb für eine neue Kultur bei der Führung. Gute Führung muss erarbeitet werden. Leider werden mutige Führungskräfte, die eine neue Technik einführen oder andere Wege gehen, nicht „belohnt oder unterstützt“, wenn es zu Problemen kommt. Es fehlt an einer „Kultur des Scheiterns“.

Nach diesen Ausführungen informierten Vertreter von dbb Mitgliedsgewerkschaften von Polizei und Zoll, der Finanzverwaltung, Erziehung und des Gesundheitswesens über die fachspezifischen Probleme bei der Nachwuchsgewinnung, moderiert durch **Willi Russ**, zweiter Vorsitzender des dbb.

Sandra Kothe, Vorsitzende der dbb Jugend, informierte über die mangelnde Perspektive junger Menschen trotz guter Ausbildung angesichts des hohen Befristungsanteiles im öffentlichen Dienst. Sie bezog sich auf Aussagen der **vbba Jugend!**, nach der ca. 40 % der unter 35jährigen Mitarbeiter nur befristet beschäftigt sind. Eine Lebens- oder gar Familienplanung ist damit ausgeschlossen.

Im Laufe der Diskussion zeigte sich, dass der monetäre Aspekt immer noch wichtig, aber nur noch sekundärer Natur ist. Ideelle Fak-



vbba Gruppenfoto: v. l. n. r.: Karsten Staß (Bundestarifkommission), André Zimmermann (Landesvorstand BB), Uwe Mayer (Bundesvorstand), Manfred Feit (Landesvorstand BB) und Thorsten Wils (Kollege Siegfried Jelitzsch hatte sich bereits verabschiedet und ist nicht auf dem Bild)

toren werden immer wichtiger. Die Facetten der Probleme bei der Nachwuchs- und Fachkräftewerbung sind in den Fachbereichen des öffentlichen Dienstes so vielfältig, wie seine Aufgaben. Es fehlt an einer perspektivischen Personalplanung, die mittel- und langfristig erfolgt. Die fehlende Übernahme nach erfolgreicher Ausbildung wurde als großes Hemmnis betrachtet. Auch das Image des öffentlichen Dienstes muss sich einem Wandel unterziehen. Eine Form des Marketings wird notwendiger denn je. Ein erster Schritt ist die Kampagne „Die Unverzichtbaren“.

Manfred Feit

www.vbba.de



Die Namen der Gewerkschaftsvertreter sind auf der Leinwand zu sehen. Die Reihenfolge stimmt, nur Willi Russ ist als Moderator im Vordergrund zu sehen.



Keine Zwangsversetzungen in den kommenden Jahren

dafür unbesetzte Stellen infolge der Altersabgänge, um 600 bis 900 Stellen abzubauen, war eine der Informationen im gut aufgenommenen Vortrag des neuen RD-Chefs Dr. Schubert vor den rund 40 Teilnehmern/innen des sächsischen Landesgewerkschaftstages in Chemnitz. Der von ihm angekündigte neue, kooperative Führungsstil fand viel Zustimmung.

Die Grüße der Bundesleitung überbrachte **Sven Strauß**. Er verwies unter anderem auf die starken Medienreaktionen zu den kompetenten vbba-Veröffentlichungen zur Familienkasse und informierte über Hintergründe der Kampagne gegenüber der GDL.

Der Vorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes **Gerhard Püschmann** dankte für die aktive Mitarbeit in allen Kommissionen des sbb. Gegenüber der neuen Staatsregierung forderte er, die Vertreter/innen der Beschäftigten nun auch in die Umsetzung des Koalitionsvertrages, in dem viele Forderungen des sbb enthalten sind, einzubeziehen.

Die Grüße der bayerischen Landesgruppe überbrachte **Susanne Oppermann**.

Im Bericht des Landesgruppenvorstandes blickte **Detlef Kaczmarek**, der wenig später erneut das Mandat für den Vorsitz erhielt, auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Hervorgehoben wurde die große Beteiligung der Zwickauer Gruppe am Warnstreik in Dresden. Ein weiterer Höhepunkt war die Teilnahme von acht sächsischen Mitgliedern am Bundesgewerkschaftstag. Bewährt hat sich, alle



V. l. n. r.: Sven Gewand, Susanne Oppermann (BY), Sven Strauß (BV), Gerhard Püschmann (sbb), Detlef Kaczmarek



V. l. n. r.: Sven Gewand, Dr. Schubert, Detlef Kaczmarek

Gruppenvorsitzenden zu den Landesvorstandssitzungen einzuladen.

Die SEPA-Einführung war erfolgreich und die Migration der Mitglieder- und Finanzdaten in die zentrale Datenbank erfolgte pünktlich, so dass ab 2015 der Beitrag durch die Bundesgeschäftsstelle zentral eingezogen werden kann. Die Aktivität in den Gruppen, auch der Jugend ist gestiegen. Leider konnte der prognostizierte Mitgliederzuwachs nicht erreicht werden. So hat z.B. kein Absolvent der BA-Hochschule seinen Erstansatz in Sachsen gefunden. Ein Problem bleibt die Absicherung der Teilnahme an Personal- und Mitglieder-

versammlungen durch kompetente Vorstandsmitglieder. Detlef Kaczmarek verwies darauf, dass die Personalratswahlen bereits in 2015 vorzubereiten sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Zugehörigkeit zu den regionalen Gruppen nicht unbedingt mit der zu wählenden Personalvertretung übereinstimmt und daher bei der Listenaufstellung eine überregionale Zusammenarbeit gefordert ist!

Michael David berichtete über die Mitgliederbewegung und als Schatzmeister. Die Rechnungsprüfer **Holger Schulz** und **Uwe Hillscher** konnten die Entlastung des Vorstandes vorschlagen.

Im neu gewählten Vorstand mit **Sven Gewand** als 1. Stellvertreter, **Diana Malolepszy** (SGB II) und **Roland König** (SGB III) als weiteren Stellvertretern sowie Beisitzern für jeden Organisationsbereich, sind Frauen stärker als bisher vertreten. Während die Männer Kaffee tranken (!), konstituierte sich die Frauenvertretung und wählte **Esther Tomaszewski** erneut zur Vorsitzenden und Cathleen Schäfer zur Stellvertreterin **Susann Beier** als Jugend- und **Ernst Colditz** als Seniorenvertreter informierten über ihre Arbeit und Vorhaben.

Mit Gutscheinen für herausragende Mitgliederwerbung wurden Sven Gewand und **Mike Gützold** ausgezeichnet.

Michael David



Die Delegierten



An die Kolleginnen und Kollegen der Landesgruppe Zentrale-Services und weitere interessierte vbba-Mitglieder

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

nachstehend finden Sie den Reisevorschlag für das Jahr 2015.

Ich hoffe, dass der Vorschlag breite Zustimmung findet. Wir werden die Reise wieder mit dem Reisebüro Merz Reisen GmbH durchführen. Übrigens, die Reise ist auch für aktive Mitglieder gedacht. Die **vbba-Landesgruppe Zentrale-Services** übernimmt für die vbba-Mitglieder ihrer Dienststellen 150 € des Reisepreises und für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer noch darüber hinaus Trinkgelder und die Kosten der Schifffahrt.

Reiseziel: Mecklenburger Seenplatte

Reisetermin: 27. bis 30. August 2015

Ihr Hotel: Parkhotel Klüschenberg in Plau am See, www.klueschenberg.de. Stilvolles 4-Sterne-Hotel, bestehend aus Parkhotel und Parkchalet, direkt in einem Park gelegen. Die Zimmer sind mit Dusche, Farb-TV, Radio, Minibar, Telefon, Kosmetikspiegel und Fön ausgestattet und haben teilweise Balkon.

Preis pro Person 399,00 € (bei einer Beteiligung von mindestens 25 Personen)
Einzelzimmerzuschlag 75,00 € .

Programm:

Donnerstag, 27.08.:

Anreise Rheinsberg – Plau am See

Anreise vorbei an Berlin nach Rheinsberg. Besichtigung des Schlosses, in dem der Alte Fritz seine Jugend verbrachte (Eintritt extra!). Weiterfahrt nach Plau am See, 3 Übernachtungen.

Freitag, 28.08.:

Schwerin - Ludwigslust

Vormittags Stadtführung in Schwerin, der mecklenburgischen Hauptstadt, die wegen ihrer hübschen Altstadt, dem herzoglichen Schloss und ihrer herrlichen Lage inmitten einer idyllischen Seenlandschaft ein Haupt-

anziehungspunkt Mecklenburg-Vorpommerns ist. Nachmittags besuchen Sie Ludwigslust, das wegen seines spätbarocken Schlosses bekannt ist. Der Schloßpark – stille Kanäle, romantische Brücken, kleine Teiche und künstliche Ruinen – zählt zu den schönsten Landschaftsgärten Deutschlands.

Samstag, 29.08.:

Güstrow - Mecklenburger Seenplatte

Vormittags entdecken Sie bei einer Führung die Stadt Ernst Barlachs, Güstrow. Mit Dom, Schloss und Ernst-Barlach-Gedenkstätten bietet die Stadt Sehenswürdigkeiten von hohem Rang. Nachmittags Rundfahrt auf der Seenplatte. Das eindrucklichste Naturerlebnis ist eine Schifffahrt auf einem der Seen (fakultativ).

Sonntag, 30.08.:

Plau am See – Potsdam | Rückreise

Fahrt nach Potsdam. Die einstige Sommerresidenz der preußischen Könige ist besonders mit Friedrich dem Großen verbunden. Seiner Vielzahl von Schlössern und Gärten verdankt das „Versailles des Nordens“ die Aufnahme in die UNESCO-Liste des Welterbes. Nach der Stadtführung Rückreise.

Leistungen

- Fahrt im modernen Reiseomnibus
- Unterbringung im 4-Sterne-Hotel
- 3 x Übernachtung/Frühstücksbuffet

- 3 x Abendessen
- Kurtaxe
- Ausflug nach Schwerin und Ludwigslust mit Führung
- Ausflug Güstrow und Mecklenburger Seenplatte mit Führung
- halbtägige Stadtführung in Potsdam
- alle Ausflüge und Rundfahrten im Bus
- Schifffahrt
- Trinkgelder
- alle Eintritte, weitere Mahlzeiten, etc. extra!

Preiskalkulation bei einer Beteiligung von mindestens 25 Personen

Durchführung der Reise mit einem Fahrer im Rahmen der gesetzlichen Lenk- und Ruhezeiten.

Vorbehalten bleiben nicht erhebliche Änderungen oder Abweichungen; diese dürfen jedoch den Gesamtzuschnitt der Reise nicht beeinträchtigen.

Bitte geben Sie Ihre Teilnahmemeldung an meine E-Mail-Adresse ab:
karlheinz.schuster@t-online.de
oder im Ausnahmefalle an meine Postanschrift:
Karlheinz Schuster
Wieselerstr. 18
90489 Nürnberg

Anmeldeschluss : 28. Februar 2015

vbba-Gruppe Duisburg – Gruppenversammlung „on the beach“

Gruppenversammlung 2014 mal anders, das war sozusagen das Motto für unsere diesjährige Veranstaltung der vbba-Gruppe Duisburg. Wir haben uns in diesem Jahr auf den Weg gemacht und für unser Treffen Agentur für Arbeit und Jobcenter Duisburg verlassen.

Bei spätsommerlichem Sonnenwetter trafen wir uns am „Ziegenpeter“, einer inklusiv betriebenen Gastronomie am Rhein in Duisburg. Und freuten uns sehr, dass so viele Mitglieder dorthin gekommen waren (wir wollten den vorherigen Anmeldezahlen ja nicht so recht glauben). Nun konnten wir unter freiem Himmel am kleinen Sandstrand die aktuellen vbba-Themen vorstellen und Änderungen diskutieren. Das fand viel Anklang bei allen Teilnehmenden und schon entstanden einige kreative Ideen für die weitere Arbeit vor Ort wie von selbst.

Nach harten Fakten am Sandstrand folgte dann der gesellige Teil unseres Treffens mit einem gemeinsamen Essen – für jede und jeden war das Richtige dabei.



Wir alle waren erstaunt, wie schnell dieser Abend in bester Stimmung vergangen ist. Und sind uns einig – die nächste gemeinsame

Aktion der vbba-Gruppe Duisburg kommt bestimmt – und zwar bald!

Annette von Brauchitsch-Lavaulx

Hamm

Fritz Stubenrauch für 50-jährige Mitgliedschaft in Hamm geehrt

Am 13. November fand die Mitgliederversammlung der regionalen Gruppe Hamm statt. Viele Kolleginnen und Kollegen kamen, um die aktuellen Informationen zu hören, die Markus Jenner als Vertreter der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen hatte.

Nach dem guten Essen wurde der ehemalige Abteilungsleiter der Allgemeinen- und Sachverwaltung sowie Personal des Arbeitsamtes Hamm, **Fritz Stubenrauch** nochmals persönlich für seine 50jährige vbba-Mitgliedschaft geehrt.

Ein kleines Dankeschön gab es auch für den damaligen Abschnittsleiter der AV, **Theodor Wilmes**, der als Ehrenvorsitzender der Gruppe stets die Belange der Senioren im Auge behält.

Nun freut sich die Gruppe Hamm auf die nächste Mitgliederversammlung, wenn der jetzt noch 89jährige Fritz Stubenrauch in 2015 wieder geehrt wird.

Martina Leyer

www.vbba.de



Martina Leyer gratuliert Fritz Stubenrauch

Die vbba zu Gast bei den Personalversammlungen der Agenturen für Arbeit Berlin Süd und Mitte

Zum Jahresende werden in der BA und den Jobcentern zahlreiche Personalversammlungen abgehalten. Die vbba nimmt als die Fachgewerkschaft der BA (und der Jobcenter) gerne die Einladungen an.

So auch in den Agenturen für Arbeit Berlin Süd und Berlin Mitte. Hier hat die Landesgruppe Berlin-Brandenburg die Gelegenheiten genutzt und ist mit eigenem Informationsstand aufgetreten. Mit großem Interesse wurden die Namensänderung und die Neuausrichtung der Gewerkschaftsarbeit mit ihren Grundsatzkommissionen von den Kolleginnen und Kollegen zur Kenntnis genommen. Außerhalb des formellen Rahmens der Personalversammlung konnten die Mitarbeiter bei den Vertretern/innen der vbba konkrete Fragen stellen. Das Angebot wurde rege genutzt und die ehrenamtliche Arbeit vor Ort hat auch Früchte getragen: Zwei neue Mitglieder konnten geworben werden.

An dieser Stelle der ausdrückliche Dank der Vorsitzenden der Landesgruppe Berlin-Brandenburg **Karin Schneider** und ihrem Stellvertreter **Manfred Feit** an die fleißigen Standbetreuer/innen. *Manfred Feit*



Daniel Busse, Johannes Backhaus, Elke Gresselmeier, Manfred Feit



Thorsten Wils und Helga Kalliwoda



Thorsten Wils, Karin Schneider, Manfred Feit

Suhl

Neuer Vorstand der regionalen vbba-Gruppe Suhl gewählt

Am 12. November fand in Suhl eine Mitgliederversammlung statt. Als Gast war der Landesvorsitzende

Sachsen-Anhalt-Thüringen Sven Strauß herzlich willkommen.

Landesvorsitzenden für ihre engagierte Arbeit ein herzlicher Dank ausgesprochen.



V. l. n. r.: Sven Strauß, Kerstin Anacker, Steffen Grabe, Dagmar Pfeffer, Nils Altendorf

Dagmar Pfeffer hatte eingeladen, da sie nach langjähriger Vorstandstätigkeit in der Gruppe Suhl nach eigenen Worten „den Weg für die jüngeren Generationen frei machen wollte.“

Nachdem sie ihr Amt niedergelegt hatte, wurde ihr durch den

Anschließend fanden Neuwahlen statt. Einstimmig wurden als neuer Vorsitzender **Steffen Grabe** (Jobcenter Wartburgkreis), als stellvertretende Vorsitzende **Kerstin Anacker** (Agentur für Arbeit Suhl) und als Kassenwart **Nils Altendorf** (OS Erfurt, Dienstort Suhl) in den Vorstand gewählt. Somit soll den Belangen aller Beschäftigter vor Ort Rechnung getragen werden. Darüber hinaus konnte Sven Strauß über viele aktuelle Themen berichten. Knabereien sowie warmen und kalten Getränken rundeten die kurzweilige Veranstaltung ab.

Steffen Grabe

Jahrestreffen der regionalen Gruppe Osnabrück

Wie jedes Jahr hat sich die Gruppe Osnabrück zum Jahrestreffen etwas Besonderes einfallen lassen. Unter großer Beteiligung ging es am Freitag, dem 17. Oktober ab 14 Uhr in den Botanischen Garten Osnabrück, in dem es unter dem Motto „Speisen der Götter“ eine Expedition vom tropischen Urwald mit seinen Kakaobäumen hin zur eigenen Herstellung von Schokolade ging. Die fertigen Muster wurden gekostet und für sehr lecker empfunden. Ein Spaziergang bei schönstem Herbstwetter diente der Verdauung und natürlich der Vorbereitung auf den fachlichen Teil der Veranstaltung.

Vor den Ausführungen zu den fachlichen Themen der Gewerkschaftsarbeit bedankte sich der Vorsitzende, **Harald Wachauer**, bei den Kolleginnen **Albert** und **Lalottis** für die sehr gute Vorbereitung der Veranstaltung. Ein weiterer sehr schöner Anlass war die Ehrung eines Jubilars. Für 40-jährige Mitgliedschaft konnte **Ulrich Nickel** geehrt werden, der mittlerweile in Pension ist, der Gewerkschaft jedoch weiterhin die Treue hält. Zum Dank wurde ihm ein Buchgutschein übergeben. Es soll jedoch ein Gerücht sein, dass er sich davon die Sozialgesetzbücher zwei und drei kaufen wolle.



Ulrich Nickel (links) wird von Harald Wachauer (rechts) geehrt

Im Anschluss berichtete der Vorsitzende die Mitglieder über die Aktivitäten der **vbba** im Jahr 2014. Beginnend bei den erfolgreichen Aktivitäten bei den Wahlen zur Jugendvertretung und der Beteiligung an den Tarifverhandlungen über den Bundesgewerkschaftstag zu allen anderen Feldern einer Gewerkschaftsarbeit.

Nach Entlastung des Kassenwarts konnte zum festlichen Teil übergegangen werden. Bei einem leckeren Essen im Parkhotel Osnabrück und auch danach gab es einen regen Austausch der Teilnehmer. Für das nächste Treffen erklärten sich zwei Pensionäre zur Vorbereitung bereit. Die Gruppe Osnabrück lässt sich sehr gern überraschen und freut sich auf ein weiteres Jahr mit der **vbba**.

Harald Wachauer



Mitglieder bei der Schokoladenherstellung

Braunschweig

Adventliche Grüße beim vbba-Infostand

Etwas Besonderes hatte sich regionale **vbba**-Gruppe Braunschweig zur Personalversammlung Ende November einfallen lassen.

Die rund 250 Teilnehmer/innen konnten sich kostenlos einen Schokoladen-Adventskalender mit einem Adventsgruß am **vbba**-Info-Stand abholen. Die Vorsitzende, **Melina Klose** (links), sowie **Marco Kreit** und **Kornelia Gödecke** überreichten die Kalender an die Kolleginnen und Kollegen. Erstmals im Einsatz war das neue

vbba-Rollup als Eye-catcher. Insgesamt kamen der Infostand, die Rede von **Heidrun Osang** als **vbba**-Gewerkschaftsvertreterin während der Versammlung und auch die Aktion mit den Adventskalender sehr gut bei den Kollegen/innen an.

Marco Kreit



v. l. n. r.: Melina Klose, Marco Kreit, Kornelia Gödecke



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-040 40 41

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt · Prälst-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Höhler oder Höhlen?

Hereinspaziert in die Meeraner Höhler! Unter dem Altstadt kern von Meerane befinden sich zahlreiche unterirdische Gänge und Hohlräume, die jedoch nicht bergbaulichen Ursprungs sind und bereits im 14. Jahrhundert angelegt wurden. Daher sind sie keine Höhlen, denn Höhlen sind ausschließlich natürlich entstandene Hohlräume. Die Meeraner Höhler wurden unter anderem zur Lagerung von Lebensmitteln, als Zufluchtsort bei Stadtbränden und feindlichen Belagerungen sowie später als Schutzraum bei Luftangriffen genutzt.

Und genau diese Höhler wollte die regionale vbba-Gruppe Zwickau erkunden. Dafür wurden zuerst alle 28 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Schutzhelmen ausgestattet. Wie sich zeigte, waren sie stellenweise für die größer als 1-Meter-50-Gewachsenen sehr hilfreich. Wir legten zirka 350 Längenmeter unter der Erde zurück. Dabei gab es in der



Die Mitglieder im Gasthof Gandelteich

45-minütigen Führung durch den erfahrenen Bergbauingenieur viel Interessantes zu erfahren.

Natürlich macht so viel Bewegung hungrig. Unsere beiden „Vergnügungswartinnen“ hatten in weiser Voraussicht bereits im Gast-

hof Gandelteich die Plätze für einen gemütlichen Ausklang des Tages reserviert. Bei leckeren Speisen und Getränken gab es genügend Gesprächsstoff, nicht nur aus der BA-Welt, für einen kurzweiligen Nachmittag. Somit können sagen, es war wieder ein gelungenes vbba Event. *Sven Gewand*



vbba-Gruppe Zwickau in der Meeraner Höhlern



Der erfahrene Bergbauingenieur bei der Führung

Vogtland

vbba Vogtland startet Jahresmitgliederversammlung über den Dächern von Plauen

Am 12. November waren die Mitglieder der regionalen vbba-Gruppe Vogtland zu ihrer Jahresmitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstandes eingeladen. Vor der Mitgliederversammlung hatte der Vorstand auch in diesem Jahr wieder ein besonderes Vorprogramm organisiert:

Eine Führung über und durch die zurzeit größte Baustelle im Vogtland – dem Umbau des ehemaligen Horten-Warenhauses zum künftigen zentralen Sitz des Landratsamtes im Zentrum der Vogtlandmetropole Plauen.

Die Teilnehmer/innen erlebten eine interessante und kurzweilige Führung mit dem verantwort-

lichen Bauleiter **Gunnar Gemeinhardt**. Er informierte uns nicht nur über das aktuelle Baugeschehen, sondern konnte auch viele architektonische und technische Details zu diesem geschichtsträchtigen Gebäude beisteuern.

Bei unserem Rundgang von der luftigen Dachterrasse mit phantastischem Rundblick

über Plauen bis hinunter in die Kellergewölbe konnten wir uns selbst davon überzeugen, was die am Bau beteiligten Firmen bisher bereits geschaffen haben.

Das gesamte Bauvorhaben kostet rund 44 Millionen Euro. Probleme bereiten immer wieder Überraschungen in allen Bereichen der Großbaustelle, die bisher Mehrkosten und einen Bauverzug von 22 Monaten verursachten. Der neue Fertigstellungstermin ist jetzt für Januar 2016 geplant. Doch bis Anfang 2016 wieder Leben in dieses Gebäu-

de einziehen kann, bleibt noch viel zu tun. Dafür wünschten wir dem Team um Bauleiter Gemeinhardt sowie allen am Bau beteiligten Firmen viel Erfolg.

Der zweite und offizielle Teil der Mitgliederversammlung fand anschließend in der Plauer Traditionsstätte „Altes Handelshaus“ statt. Die 30 anwesenden Mitglieder wählten u.a. den neuen Vorstand ihrer Gruppe. Die bisherigen Vorstandsmitglieder **Maria Ellinger**, **Holger Schulz** sowie der Vorsitzende **Detlef Kaczmarek** wurden in ihren Ämtern

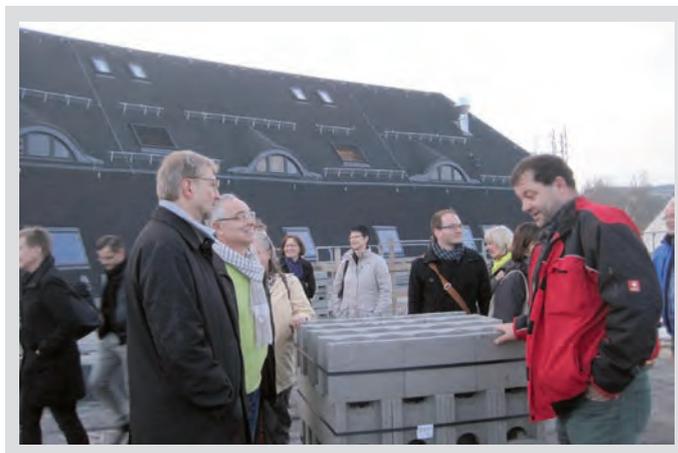
bestätigt. Neu in den Vorstand wurde **Frank Dörfler** gewählt. Damit werden im neuen Vorstand der **vbba**-Vogtland erstmals die Mitglieder aus dem SGB II und aus dem SGB III paritätisch durch je 2 Vorstandsmitglieder vertreten.

Nach einem gemeinsamen Essen nutzen unsere Mitglieder den Abend für einen konstruktiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch, aber auch für das eine oder andere persönliche Gespräch.

Detlef Kaczmarek



Die Mitglieder während der Führung



Hamburg

vbba Hamburg-Chefin: „Zerstücklungstaktik der internen Organisation der Bundesagentur für Arbeit (BA) macht Gewerkschaftsarbeit vor Ort immer herausfordernder!“

Mitgliederversammlung der regionalen vbba-Gruppe Hamburg im ARAMAK-Betriebsrestaurant im IBM-Tower in Hamburg

Im Rahmen der Mitgliederversammlung der regionalen Gruppe Hamburg am 6. Oktober machte die Vorsitzende **Ute Lucchesi** deutlich, dass die Organisationsänderung innerhalb der BA die Gewerkschaftsarbeit vor Ort vor immer größere Herausforderung stellt. Mittlerweile sind die Kolleginnen und Kollegen des SC Hamburg dem SC Neumünster zugeordnet worden. Ebenfalls wurde der RITS-Standort Hamburg aufgelöst und die Kolleginnen und Kollegen finden sich organisatorisch im IS Kiel wieder. Zugleich ist der IS Hamburg für alle Beschäftigten der Famka-Standorte über alle drei Bundesländer von Flensburg bis Stralsund verantwortlich.

Die Gruppe Hamburg stellt sich trotzdem den räumlichen und fachlichen Herausforderungen und bietet ihren Mitgliedern auf der

Versammlung Berichte aus den unterschiedlichen Organisationsbereichen.

Den Anfang machte die Vorsitzende selbst und stellte mit den umfassenden Umbaumaßnahmen und damit verbundenen Umzügen sowie Schmutz- und Lärmentwicklungen, neuerlichen Entscheidungsspielchen zwischen der Zentrale der BA und dem ersten Bürgermeister Olaf Scholz zur Jugendberufsagentur sowie Querelen zwischen einzelnen Geschäftsführern dar. Durch unsere Beisitzerin und Seniorenvertreterin **Anneliese Wilke** erhielten die Mitglieder einen tiefen Einblick in die aktuellen Themen des OS. Zu aktuellen Entwicklungen im Jobcenter team.arbeit.hamburg konnte der stellvertretende Vorsitzende **Holger Brüssow** berichten. Erst kürzlich konnte das größte Jobcenter in Deutschland (ca. 2200 zugewiesene Kolleginnen und Kollegen) Ein-

stellungen im dreistelligen Bereich verzeichnen. Ein Großteil der neueingestellten Kolleginnen und Kollegen wurde zur Unterstützung der ALLEGRO-Einführung rekrutiert. In so einem großen Jobcenter wie in Hamburg stellt die Einführung von ALLEGRO und BeKo sowie die Einführungsplanungen der eAkte die gemeinsame Einrichtung vor große Herausforderungen.

Die Vorstandsmitglieder **Anneliese Wilke** und **Holger Brüssow** machten zudem deutlich, dass die Überalterung der Belegschaft der BA bereits im Bereich der Arbeitnehmerleistungsteams aber auch in Teilbereichen des Jobcenters immer deutlicher wird. Eindeutige Verbote, die in absehbarer Zeit einen größeren Rekrutierungsbedarf der BA erforderlich machen. Die **vbba**-Gruppe Hamburg ist sich einig, dass die BA weiter an ihrer

Attraktivität für junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer arbeiten muss.

Neben den zahlreichen Themen aus BA und JC standen auch gewerkschaftsinterne Tagesordnungspunkte auf dem Programm. Mit dem Landesschatzmeister der Landesgruppe Nord **Sven Hofeditz** war im Bereich der Kassenangelegenheiten eine echte Unterstützung vor Ort. Bis zur Einführung des zentralen Einzuges wird Sven Hofeditz den Bankeinzug sowie Abführungsbeiträge an die Landesgruppe Nord übernehmen. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die Landesgruppe Nord die letzte Landesgruppe ist, in der die regionalen Gruppen für die Einziehung des Bankeinzuges selbst verantwortlich sind.

Weitere Berichte durch **Anja Eisenhuth** zu den Belangen der Frauen sowie von Sven Matthias zum Bereich Marketing folgten. Aus dem Bericht der **vbba jugend** berichtete Jana Zentner Erfreuliches: Nach Jahren hält nun die **vbba jugend** in der JAV Hamburg wieder die Mehrheiten. **Jana Zentner** trägt durch ihre aktive Jugendarbeit einen großen Anteil dazu bei.

Einen großen Dank gebührt **Antje Stets** von der BBBank. Mit reichlicher Unterstützung hat Frau Stets die Mitgliederversammlung in diesem Jahr mit begleitet. **Ute Lucchesi** gab abschließend einen Ausblick Richtung BPersVG Wahlen 2016. Auch die mehr als 200 Mitglieder der Gruppe Hamburg wählen im nächsten Jahr einen neuen Vorstand.

Holger Brüssow



Mitgliederversammlung der **vbba**-Gruppe Hamburg

Offenburg

Ingrid Strehlow wird verabschiedet

Die langjährige Vorsitzende der regionalen Gruppe Offenburg, **Ingrid Strehlow**, wurde von den Kolleginnen und Kollegen kürzlich in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Auch im Ruhestand wird sie der **vbba** die Treue halten – „ihre“ Offenburger freuen sich auf die weitere aktive Teilnahme bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen und Aktionen.

Neben den besten Wünschen für die Zukunft erhielt sie als Abschiedspräsent – als Sinnbild für Abschied und Übergang – einen Koffer mit zwei Flaschen gutem Wein.

Als Nachfolgerin wurde Karin Siebert gewählt, stellvertretende Vorsitzende der regionalen Gruppe Offenburg ist **Gabriele Vetter**.

Karin Siebert



Karin Siebert (rechts) überreicht Ingrid Strehlow das Abschiedspräsent der Gruppe Offenburg

**Nur
satzungsgemäße
Beitrags-
zahlungen sichern
Rechte und
Ansprüche!**

Treffen der Bundesjugendleitung in Königswinter

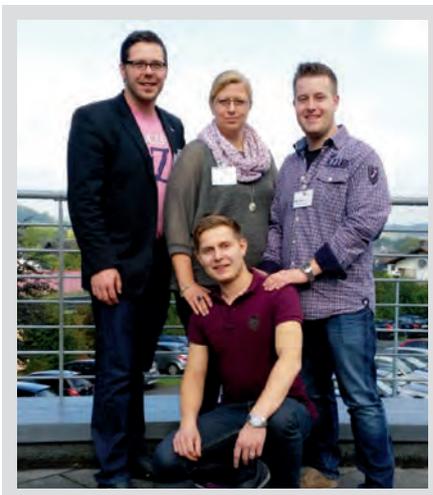
Am letzten Septemberwochenende reisten Ingo Wagner, Marcel Jansen, Patrick Eberitsch und Sabrina Naeve ins dbb Forum Siebengebirge nach Königswinter. Dort kam die Bundesjugendleitung vom 25. bis 26. September zu einer satzungsgemäßen Sitzung zusammen.

Es wurde eine Vielzahl gewerkschaftlicher Themen besprochen.

Schwerpunkte waren die bevorstehende Bundeshauptvorstandssitzung der vbba, aktuelle Themen aus dem Bereich der Auszubildenden, Studierenden und jungen Beschäftigten, sowie die Planung der vbba jugend 2015.

Im Anschluss nahm die Bundesjugendleitung vom 26. bis 27. September am Bundesjugendausschuss der dbb jugend teil, welcher zweimal jährlich stattfindet. Dort trafen sich junge Funktionsträger/innen der Mitglieds-gewerkschaften des dbb. Die Tagesordnung war reich gefüllt mit abwechslungsreichen Inhalten:

Steffen Kollmann wurde als neuer Schatzmeister in die dbb-Bundesjugendleitung



gewählt. An dieser Stelle nochmal herzlichen Glückwunsch!

Daraufhin folgten interessante Beiträge zu den Themen Besoldung und Versorgung durch **Hans-Ulrich Benra** (stellvertretender Vorsitzender dbb Bundesleitung) und des Vertreters der CESI Youth, **Matthäus Fandrewski**. Weitere Berichte, u.a. aus der Jugendpolitischen Kommission und ein Vortrag des dbb Vorsorgewerks, rundeten die Sitzung ab.

Am 27. September machte sich die Bundesjugendleitung mit vielen neuen und interessanten Eindrücken auf die Heimreise.

Sabrina Naeve



V. l. n. r.: am Tisch Patrick Eberitsch, Marcel Jansen, Ingo Wagner und Sabrina Naeve

Landesjugendtag der dbb jugend Sachsen-Anhalt

Am Freitag, den 7. November fand in Magdeburg der Landesjugendtag der dbb jugend (dbbj) Sachsen-Anhalt statt.

An dieser Veranstaltung nahm auch die vbba jugend Sachsen-Anhalt/ Thüringen (SAT) mit dem Landesjugendvertreter **Patrick Eberitsch** sowie den Mitgliedern **Lisa Birke**, **Jeanine Naß** und **Paul Plobner** teil.

Nach langer Amtszeit wurde an diesem Nachmittag die bisherige Landesjugendleitung des dbb Sachsen-Anhalt, **Dennis Bauer**, **Thomas Löwe** und **Andreas Uhlig** verabschiedet. Sie setzten sich während der Amtszeit stellvertretend im Namen der dbbj Sachsen-Anhalt für unzählige Projekte und Themen ein. Unter anderem veranstalteten

sie jedes Jahr eine Unihockeynight (ein Event gegen Rechtsextremismus, Radikalismus und Antisemitismus), nahmen an Politikgesprächen teil und organisierten Veranstaltungen zu gewerkschaftlich brisanten Themen, um nur einige Dinge benennen zu wollen.

Zudem bestanden während der Amtsperiode ein sehr guter Kontakt und Austausch zwischen der vbba jugend SAT und der dbbj Sachsen-Anhalt. Dies zeigte nicht nur der Besuch der dbbj Sachsen-Anhalt im Jahr 2013 zum Jugendvertretertreffen der vbba jugend SAT in Neugattersleben.

Um die gute Arbeit des bisherigen Landesjugendvorstandes Sachsen-Anhalt weiter führen zu können, wurden engagierte junge Kolleginnen und Kollegen gesucht.



V. l. n. r.: Lisa Birke (neu gewählte stellv. Landesvorsitzende dbbj Sachsen-Anhalt) und Patrick Eberitsch (Landesjugendvertreter vbba jugend Sachsen-Anhalt (Thüringen))

Als Vorsitzender stellte sich der 28jährige **André Paduch** (GdS) zur Verfügung und wurde von den stimmberechtigten Delegierten einstimmig zum neuen Landesjugendvorsitzenden gewählt. Als stellvertretende Landesjugendvorsitzende wurden **Christoph Büchner** (GdS), Patrick Paarmann (JUNGE Polizei) und **Lisa Birke** aus den Reihen der **vbba jugend!** SAT gewählt und werden André Paduch unterstützend zur Seite stehen.

In einer abschließenden Rede unterstrich der dbb Landesvorsitzende Sachsen-Anhalt, **Wolfgang Ladebeck** die Stellung der Jugend noch einmal und legte der neu gewählten Landesjugendleitung ans Herz: „Ihr seid die Zukunft und werdet jetzt im dbb Verantwortung tragen müssen!“

Natürlich durften anschließende zahlreiche Glückwünsche der anwesenden Gäste nicht fehlen. Auch die **vbba** ließ es sich nicht nehmen und bedankte sich bei Lisa Birke für die

bisher gute gewerkschaftliche Arbeit in der **vbba** und wünschte viel Erfolg für die neuen Aufgaben in der dbb Sachsen-Anhalt.

Nachdem der Landesjugendtag durch die Schlussworte des neuen Landesvorsitzenden

beendet war, ging es zu einem gemeinsamen Abendessen. Hier nahm sich die neue und alte Landesjugendleitung die Zeit, nochmals bestimmte Aufgabenschwerpunkte in gemütlicher Atmosphäre zu besprechen.

Lisa Birke



V. l. n. r.: Wolfgang Ladebeck (dbb Sachsen-Anhalt), André Paduch (GdS), Christoph Büchner (GdS), Lisa Birke (vbba), Patrick Paarmann (JUNGE Polizei), Ulrich Stock (dbb Sachsen-Anhalt).

4. Landesjugendversammlung der vbba jugend NRW

25 junge Kolleginnen und Kollegen trafen sich am 29. und 30. Oktober zur 4. Landesjugendversammlung der vbba jugend NRW in Lennestadt.

Mathias Gaßmüller (Landesjugendvertreter) und **Marcel Jansen** (stellvertretender Landesjugendvertreter) hatten sich in diesem Jahr einen ganz besonderen Tagesordnungspunkt überlegt. So konnte **Alexander Meisolle** (Personaltrainer) als Referent begrüßt werden. Alexander Meisolle hielt einen Vortrag zur Stärkung der Persönlichkeit mit den Themen „Wie erreiche ich Ziele?“ und „Wie werde ich ein Gewinner?“.

Marion Haftstein (Leiterin Fachbereich III des Landesvorstands) stellte die vielfältigen Aktivitäten des Landesvorstands im vergangenen Jahr dar.



V. l. n. r.: Marcel Jansen, Mathias Gaßmüller und Alexander Meisolle

Der Abend stand im Zeichen der Aktion „Weihnachten im Schuhkarton“, für die von den Delegierten Schuhkartons gepackt wurden. Der Inhalt der 21 Schuhkartons wurde

durch Spenden der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bestückt. Dies hat allen viel Freude bereitet! Am zweiten Tag bekamen die Delegierten **Helga Duhme-Lübke** (Vorsitzende der Landesgruppe NRW) zu Gesicht, die den Jugendlichen für ihre Arbeit dankte.

Ingo Wagner von der Bundesjugendleitung brachte den Delegierten die Arbeit der Bundesjugendleitung mit ihren Aktivitäten näher.

Zum Abschluss der Landesjugendversammlung besuchten die Delegierten den Landesgewerkschaftstag der **vbba** NRW. Hier war **Karl-Heinz Freesen** (GIS der RD NRW) zu Gast. Die Jugendlichen beteiligten sich aktiv an den geführten Diskussionen. Gegen Mittag endete eine ertragreiche und unterhaltsame 4. Landesjugendversammlung.

Mathias Gaßmüller



Teilnehmer/innen der Landesjugendversammlung NRW



Spendenaktion „Weihnachten im Schuhkarton“

Weihnachtliches Zusammenkommen auf dem Kölner Weihnachtsmarkt

Am Abend des 28. November trafen sich Mitglieder der vbba jugend NRW auf dem Kölner Weihnachtsmarkt um das ereignisreiche Jahr gemütlich ausklingen zu lassen.

Bei Kölsch, rheinischem Sauerbraten, Haxen und anderen brauhaustypischen Speisen, traf man sich zunächst auf ein genüssliches Abendessen im Brauhaus Zur Malzmühle, bevor die Glühwein- und Crêpesstände der Weihnachtsmärkte angesteuert wurden. Die Landesjugendvertreter NRW (**Mathias**

Gaßmüller und **Marcel Jansen**) bedanken sich bei allen Mitgliedern für die großartige Unterstützung ihrer Arbeit und der Teilnahme an den diesjährigen Veranstaltungen und wünschen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr.
Marcel Jansen



V. l. n. r.: Torsten Ueberholz, Kevin Klein, Antonia Ciociola, Mathias Gaßmüller, Sascha Weber und Marcel Jansen

ANZEIGE

ANZEIGE

Exklusiv für vbba-Mitglieder und deren Angehörige



Norman S.,
langjähriges
dbb-Mitglied

Bild: Jana Denzler

Kredite ablösen oder Wünsche erfüllen - Freiräume schaffen!

Alles spricht für ein Beamtendarlehen über das dbb vorsorgewerk:

- ✓ Freier Verwendungszweck: z. B. für die Umschuldung bisheriger Kredite, Ausgleichen von Rechnungen oder Investitionskredit für größere Anschaffungen
- ✓ Darlehen von 10.000 € bis 60.000 €
- ✓ Flexible Laufzeiten: 12, 15 oder 20 Jahre
- ✓ Höchsteintrittsalter 58 Jahre
- ✓ 100 % anonym (keine Datenweitergabe an Unberechtigte)
- ✓ 100 % Vertrauensgarantie
- ✓ Festzinsgarantie



Jetzt anrufen: 030/4081 6481
und unverbindliches Angebot abfordern!
Oder E-Mail an beamtenkredit@dbb.de

Mehr Infos unter
www.dbb-vorsorgewerk.de

dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

Die vbba **jugend** in der Hauptstadt der Tschechischen Republik – immer eine Reise wert !

Der Ausflug nach Prag, welchen die Landesgruppe Sachsen für ihre vbba **jugend** organisiert hat, stand anfangs unter keinem guten Stern, denn ein paar Tage vor der lang geplanten Tour kam ein Anruf vom ursprünglich geplanten Busunternehmen mit der Hiobsbotschaft unser Bus hatte einen Unfall -> Totalschaden – und der Unternehmer kann uns keinen anderen Bus zur Verfügung stellen.

Das war natürlich vorerst ein Schockmoment für die Organisatoren. Nach stundenlangem Telefonieren und vielen verlorenen Nerven haben wir jedoch glücklicherweise noch ein Busunternehmen gefunden, welches sich kurzfristig Zeit für uns genommen hat.

Trotz einiger Planänderungen stand dem Ausflug nun nichts mehr im Wege. Am Samstag, den 11. Oktober war es dann soweit.

Die Landesjugend von Sachsen unter Landesjugendleiterin **Susann Beier**, sowie die Landesjugend von Sachsen-Anhalt/Thüringen unter Landesjugendleiter **Patrick Eberitsch** nahmen am Ausflug teil. Leider kamen trotz allem nicht genügend Jugendliche zusammen, so dass die Zwickauer mit der vbba-Ortsgruppe aufstockt haben. Das Interesse war hierbei sehr groß, denn viele Mitreisende waren zuletzt zu DDR-Zeiten in der wunderschönen Stadt.

Gutgelaunt startete die Busfahrt ab 9 Uhr in Zwickau. Mit Pizzabrötchen und Sekt wurden die Mitreisenden gleich zu Beginn der Fahrt versorgt, so dass die Stimmung stieg. Gegen 13 Uhr sind wir dann in der tschechischen Hauptstadt angekommen.



Teilnehmer/innen der Pragreise

Prag ist definitiv eine Reise wert. Es gibt viel zu sehen und zu erleben. Aufgrund der vielen Menschen, die an diesem Tag in der Millionenstadt unterwegs waren, haben wir kleine Gruppen gebildet und auf eigene Faust die Stadt erkundet. Sehenswürdigkeiten wie die Prager Burg, die Karlsbrücke, der Wenzelsplatz oder der Veitsdom standen auf dem Plan – um nur einige Beispiele zu nennen, denn die Altstadt von Prag hat noch viel mehr zu bieten. Auch Bootsfahrten auf der Moldau oder Kutschfahrten waren bei unseren vbba-Mitgliedern ganz oben auf der Liste.

Das Wetter hat uns an dem Tag bis zum Schluss nicht im Stich gelassen. Erst auf der Heimfahrt kam der Regen. Es war zwar ganztagig grau und bewölkt, aber immerhin konnten die Schirme im Bus liegen gelassen werden.

Pünktlich gegen 22 Uhr kamen alle wohl behütet wieder in Zwickau an.

Die Planung der nächsten Reise der vbba **jugend** ist bereits in den Startlöchern. Mal sehen wo 2015 die Reise hingeht... ☺



Erste Tagung der Arbeitsgruppe 1 der vbba-Frauenvertretung unter neuer Leitung

Die Arbeitsgruppe 1 der vbba-Frauenvertretung (Marketing, Außen-darstellung, Gestaltung von Veröffentlichungen u.ä.) tagte vom 7. bis 8. November in Berlin.

Im Rahmen der diesjährigen Jahrestagung der vbba-Frauenvertretung im September in Nürnberg wurde eine neue Arbeitsgruppenleiterin als Nachfolgerin der langjährig in dieser Position engagierten **Katja Hrncał** gewählt.

Gabriela Toron (vbba-Landesgruppe Berlin-Brandenburg), auch die Verfasserin dieses Artikels, wird die AG 1 zukünftig leiten.

An dieser Stelle möchten wir Katja Hrncał für die wunderbare und verantwortungsbewusste Arbeit danken. Mit ihrem Einsatz hat sie immer dafür gesorgt, dass die vbba-Frauenvertretung bei den Kolleginnen (und auch Kollegen) präsent war.

Zwei Arbeitsgruppen, die sich aus den Mitgliedern der Frauenvertretung zusammensetzen, organisieren und unterstützen bei Aktionen, geben Informationen zu wichtigen Themen und haben immer ein offenes Ohr, wenn es um Frauenbelange mit Bezug zur täglichen Arbeit geht.

Die Teilnehmerinnen dieser Tagung (neben mir als der neuen Leiterin) waren dies:

Elke Gresselmeier – Landesgruppe Berlin-Brandenburg, **Cora-Yvonne Thiel** – Landesgruppe Niedersachsen-Bremen, **Christiane Heyde** – Seniorinnen, **Stephanie Schmöche** – Landesgruppe Sachsen-Anhalt-Thüringen) haben aktiv und konstruktiv an gesetzten Themen gearbeitet.

Zu dieser Tagung war auch die Leiterin der Arbeitsgruppe 2, **Jennifer Schabram** – Lan-



V. l. n. r.: Cora-Yvonne Thiel, Elke Gresselmeier, Stefanie Schmöche, Gabriela Toron, Jennifer Schabram und Christiane Heyde.

desgruppe Niedersachsen-Bremen, eingeladen. Die Kommunikation zwischen den Arbeitsgruppen soll durch diesen gegenseitigen Austausch verbessert und die Aktivitäten transparenter gestaltet werden.

Die Aufgaben der beiden Arbeitsgruppen wurden herausgearbeitet. So konnten und können die Erwartungen deutlicher thematisiert werden.

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Arbeitsgruppen wird intensiviert. Das Bindeglied sind die Arbeitsgruppenleiterinnen. Der erste Schritt wurde mit dieser Tagung erfolgreich vollzogen.

Die Vorbereitung von Aktionen zum **Internationalen Frauentages am 8. März 2015** und die Vorstellung der Mitglieder der Frauenvertretung in einer Art „Steckbrief“ bildeten die Schwerpunkte der Arbeit. Weiter wurden Planungen angestoßen, wie die Wahlen der Gleichstellungsbeauftragten unterstützt werden können.

Alle brachten ihre Ideen und Vorschläge ein. Themen wurden mit Leben gefüllt. Und es wurde intensiv daran gearbeitet, wie wir die Kolleg/innen der Agenturen und Jobcentern auf unsere Themen aufmerksam machen können. Wir sprudelten voller Ideen und haben Einiges „zu Papier“ gebracht.

Nach einem doch langen, konstruktiven und erfolgreichen Arbeitstag haben wir natürlich auch für unser leibliches Wohl gesorgt. So konnten wir die Herstellung unseres Essens beobachten, was sehr amüsant war. Dies war nach einer interessanten und arbeitsreichen Tagung ein schöner Abschluss.

An dieser Stelle möchte ich mich als „Neue“ bei allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe für die rege Zusammenarbeit und Unterstützung bedanken. Wir hatten zum Abschluss unserer Tagung ein Teamergebnis und eine klare Struktur für die weitere Vorgehensweise. Man(n) wird uns „spüren“.

Gabriela Toron, Leiterin der AG 1 der vbba-Frauenvertretung

vbba –
vor Ort für Sie da!

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dem Bericht im letzten vbba-Magazin über die Jahrestagung 2014 der vbba-Frauenvertretung konnten Sie erfahren, dass sie sich für ihre Aktivitäten u.a. ein Jahresmotto gewählt hat. Dem Thema DEMOGRAFIE zugeordnet erhalten Sie in den kommenden Monaten Informationen – nicht nur – aus Frauensicht. In diesem Heft beginnen wir mit unserer „Informationsreihe“.

Viel Spaß beim Lesen. Vielleicht auch beim drüber Nachdenken. Und im besten Fall beim Weitertragen der Informationen und – im Rahmen Ihrer Möglichkeiten- Einforderung von Aktivitäten ...

Ich wünsche Ihnen eine friedvolle Weihnachtszeit und einen guten Start in das Neue Jahr

Gudrun Scholten

Vorsitzende der vbba-Frauenvertretung

Mittendrin, nicht nur dabei!

Demografischer Wandel in der Bundesagentur für Arbeit – BA- /den Jobcentern –JC-:

„Nimm die Erfahrung und die Urteilskraft aller Menschen über 50 Jahre heraus aus dieser Welt, und es wird nicht genug übrig bleiben, ihren Bestand zu sichern.“

Aussage von Henry Ford, Gründer der Ford Motor Company, an der Schwelle zum 20. Jahrhundert.

Was hat sich im 21. Jahrhundert daran verbessert? Nichts!

Der demografische Wandel, von Fachleuten und weitblickenden Menschen bereits seit Jahren vorhergesagt, schreitet fort. Warnungen bleiben ungehört, Impulse verwehen im Wind, die Realität mit einer immer älter werdenden Gesellschaft steht vor der Tür...

Und... **dieser demografische Wandel macht vor der BA / den JC nicht Halt.**

In den kommenden Jahren werden sehr viele Frauen und Männer altersbedingt in Rente oder Pension gehen. Die Zahlen dazu lassen sich ohne Mühe anhand der Geburtsdaten errechnen. Unberücksichtigt dabei bleiben alle Kolleginnen und Kollegen, die neben anderen Ereignissen auf Grund der neuen Rentenregelungen ein früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben in Erwägung ziehen.

Insbesondere in den sachbearbeitenden Bereichen, des IS und des OS, die einen noch höheren Altersdurchschnitt aufweisen als andere Aufgabenbereiche, fehlen dann diese fachlich guten, berufs- und lebenserfahrenen Kolleginnen und Kollegen.

Es ist nicht nur zeitnahes sondern vor allem rechtzeitiges Handeln notwendig.

Ein Gegensteuern ist allein durch vorausschauende Personalpolitik, wie sie die eigenen Fachkräfte seit Jahren in den Betrieben

im Land thematisieren, möglich. Nach innen hat die BA / haben die JC Nachholbedarf!

Hier hilft nur Personalpolitik mit Weitblick:

- **Dazu gehört in erster Linie eine bedarfsorientierte, gut geplante Nachwuchsarbeit.**

Wie die freie Wirtschaft sind auch die BA und die JC auf eigene Auszubildende und Studierende angewiesen. Ausbildung heute bedeutet Fachkräfte morgen! Leider wurde vom Arbeitgeber / Dienstherrn BA ein gravierender Fehler begangen: In einigen RD-Bezirken gab es zum Ausbildungsbeginn 2014 erstmals und flächendeckend keine Neueinstellung von Auszubildenden. Das bedeutet, dass im Jahr 2017 in diesen RD-Bezirken auf einen ganzen Jahrgang ausgebildeter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verzichtet werden muss. Und das in einer Zeit, in der durch den demografischen Wandel bundesweit gravierende Personalveränderungen stattfinden werden.

- **Ebenso ist der Qualifizierung und Personalentwicklung ein hoher Stellenwert beizumessen.**

Hier befindet sich unser Arbeitgeber / Dienstherr auf einem guten Weg. Auf planbare Personalveränderungen durch Regelalters- oder Pensionseintritte, Schwangerschaften und Erziehungszeiten oder auch längere Abordnungen muss aber noch schneller und dadurch effizienter

reagiert werden. Wichtig dabei ist, dass die auf diese Art entstandenen Personallücken rechtzeitig erkannt und ihnen frühzeitig durch Qualifizierung oder Personalentwicklungsmaßnahmen entgegengewirkt wird. Also keine langen Wartezeiten mehr bis zu einer Nachfolgeregelung oder dauerhaften Stellenbesetzung.

- **In diesem Zusammenhang steht es unserem Arbeitgeber/Dienstherrn gut an, wenn er dabei sein Augenmerk weiter und noch intensiver auf die Frauen in seinen Reihen richtet.**

Doch je größer die Verantwortung ist und je höher die Verdienstmöglichkeiten steigen, umso weniger Frauen haben daran Anteil. Fakt heute ist, dass die meisten Frauen und damit ein Großteil aller Beschäftigten der BA (SGB III wie SGB II) im sogenannten mittleren Dienst, auf Sachbearbeitungsebene oder als Beratungs- und Vermittlungsfachkraft tätig sind. Nur durch flexible Arbeitszeitmodelle, weitere Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die bedingungslose Anerkennung von Teilzeitarbeit werden Frauen künftig bereit und in der Lage sein, sich Qualifizierungs- und Personalentwicklungsmaßnahmen zu stellen.

Es ist noch nicht zu spät, um auf diesen demografischen Wandel zu reagieren. Aber das muss jetzt und umfassend geschehen!

Martina Loose
vbba-Frauenvertretung

VBBA notwendiger denn je

Treffen der vbba Schatzmeister/innen in der Geschäftsstelle in Nürnberg

Die vbba Schatzmeister/innen trafen sich am 7. und 8. November in Nürnberg, um Themen, die im Zusammenhang mit den zentralen Beitrags-einzug und der Mitgliederverwaltung stehen, zu besprechen

Helmut Kleinbölting, der im Auftrag der Bundesleitung die Zentralisierung der Mitgliederverwaltung federführend durchführt, berichtete über den Sachstand der Migration. So wie es im Moment aussieht, werden alle Mitgliederdaten zum 31.12.2014 in unsere zentrale Mitgliederdatei migriert sein.

Die vbba ist damit einen weiteren wichtigen Schritt vorangekommen. In diesem Zusammenhang dankte der Bundesschatzmeister **Stefan Fingerle** im Auftrag der Bundesleitung Helmut Kleinbölting für die geleistete Arbeit.

Weitere Themen waren die Aufgabenverteilung (Geschäftsstelle, Bundesschatzmeister



Teilnehmer/innen: v. l. n. r.: Günther Grapp, Helmut Kleinbölting, Stefan Fingerle, Sybille Feibicke, Thomas Weiß, Lothar Jahn, Klaus Pietsch, Manuela Haller, Ramona Buhler, Anja Osterland und Sven Hofeditz

und Landesgruppen) nach der Zentralisierung der Mitgliederdaten und des Beitragseinzuges, die Zugriffsrechte auf die neue Mitgliederverwaltung unter Beachtung der

geltenden Datenschutzbestimmungen, sowie einige Redaktionelle Änderungen von Vor drucken der vbba im Rahmen der Umstellung des Zahlungsverkehrs auf SEPA.

Stefan Fingerle



Seminar zur Seniorenpolitik war voller Erfolg

Anfang Oktober fanden sich 20 Seniorinnen und Senioren im dbb forum siebengebirge in Königswinter-Thomasberg zum Seminar „Seniorenpolitik“ ein. Günther Grapp freute sich als Vorsitzender der vbba-Seniorenvertretung und Mitglied im Bundesvorstand über das große Interesse an diesen Seminaren und versprach spannende Tage mit Referentinnen aus verschiedenen Bereichen. Nach seiner Begrüßung und einer kurzen Vorstellungsrunde ging er unter Hinweis auf die demografische Entwicklung auf die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Betreuung auch für die Ruheständler/innen und deren Hinterbliebene ein. Besonders anstehende Veränderungen im Recht der

Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung und deren mögliche Auswirkungen auf Versorgung und Beihilfe machten dies deutlich. Die Teilnehmer/innen wünschten sich deshalb auch einen größeren Anteil der sie betreffenden Themen im vbba magazin.

Gleich mit der ersten Referentin hatte die Seminarleitung einen guten Griff getan. Die Dipl. Oecotrophologin **Anja Jung** ging mit ihrem Referat „**Gesunde Ernährung im Alter – Bewusst essen mit Bauch und Köpfchen**“ auf die Veränderungen im Alter und eine ausgewogenen Ernährung anhand des Ernährungskreises und der 10 Regeln der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e.V. (DEG)

ein. Beim folgenden Abendessen konnten die Teilnehmer/innen das erworbene Wissen gleich in die Praxis umsetzen, was bei dem umfangreichen und vielfältigen Angebot an kalten und warmen Speisen und Getränken jedoch nicht ganz leicht fiel. An dieser Stelle ein Lob für die hervorragende Küche, den aufmerksamen Service und die gute Unterbringung im dbb forum siebengebirge.

Am zweiten Seminartag beschäftigten sich die Teilnehmer/innen intensiv mit rechtlichen Fragen, die besonders (aber nicht nur) im Alter von großer Bedeutung sind. Rechtsanwältin **Nina Ahrend** ging zunächst ausführlich auf das Thema „**Erben und Vererben**“ ein.



Teilnehmer/innen des Seniorenseminars in Königswinter

Im zweiten Teil erläuterte sie Fragen zum **Pflegerecht**; sie erläuterte das Verfahren zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit und der Einstufung in die Pflegestufen, die häusliche Pflege durch Angehörige, die ambulante Pflege durch Pflegedienste und die stationäre Pflege, deren Kosten und die Leistungen durch die Pflegeversicherung. Dabei kamen auch Veränderungen im Pflegerecht zur Sprache, die dringend notwendig sind, da

- sich die Altersstruktur unserer Gesellschaft verändert
- ca. 2,4 Millionen Menschen pflegebedürftig sind
- 1,4 Millionen an Demenz erkrankt sind und
- die Zahl der Erwerbsfähigen sinkt.

Einen breiten Raum nahm das Betreuungsrecht ein. Aufgrund ihrer Erfahrungen als Leiterin einer Kanzlei für Betreuungsrecht in Köln konnte die Referentin anhand konkreter Fälle die Notwendigkeit der **Vorsorgevollmacht** unterstreichen. Diese ist **das Instru-**

ment, um die eigene Zukunft auch für den Fall selbst zu gestalten, dass man dazu selber nicht mehr in der Lage ist, Entscheidungen zu treffen. Durch sie kann eine gesetzliche Betreuung vermieden werden. Die Vorsorgevollmacht sollte bereits in jungen Jahren erteilt werden, da eine entsprechende Situation nicht nur infolge Alters und Gebrechlichkeit eintreten kann, sondern auch durch Krankheit oder plötzliche Notsituationen. Sie ist deshalb genauso wichtig wie – oder noch wichtiger als – die **Patientenverfügung**. Über deren Form, Inhalt und Wirkung wurde ausgiebig diskutiert und mit dem Skript des Vortrags das Muster einer ausführlichen Patientenverfügung ausgehändigt.

„**Wohnen, Gesundheit, gesellschaftliche Teilhabe und Engagement im Alter**“ waren Themen des letzten Seminartages. In einem sehr engagiert vorgetragenen Referat stellte **Ursula Lenz**, Pressereferentin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO), deren Arbeit

und geschichtliche Entwicklung vor. Die BAGSO vertritt über mehr als 110 Mitgliedsorganisationen etwa 13 Millionen ältere Menschen in Deutschland. Sie gibt als Lobby der Älteren Tipps und Anregungen und informiert zu allen aktuellen Fragen der Seniorenpolitik. Dabei setzt sie Impulse im Hinblick auf aktives und gesundes Altern, Mobilität, Technik und Internet sowie Soziale Netzwerke. Dies geschieht durch Pressemitteilungen, die BAGSO-Nachrichten, Broschüren, Info-Veranstaltungen (wie dieses Seminar), Teilnahme an Messen und sonstigen Veranstaltungen. Sie setzt dabei auf Dialog und Zusammenarbeit.

Die Teilnehmer/innen konnten zahlreiches Info-Material mitnehmen, unter anderem die „15 Regeln für gesundes Älterwerden“, und erhielten Bestellformulare für weitere kostenfreie Broschüren.

Außerhalb der Tagesordnung hatte Günther Grapp für alle Interessierten am zweiten Abend noch einen Ausflug nach Bonn organisiert, der dankbar angenommen wurde.

Insgesamt zeigten sich alle Teilnehmer/innen von den Inhalten des Seminars, seiner Leitung, den Referentinnen und der Tagungsstätte zufrieden gestellt und wünschten sich eine Wiederholung, dann aber möglichst mit mehr internen Themen wie Versorgung, Beihilfe, Hinterbliebenen-Versorgung oder auch mit Europapolitik. Sie empfehlen allen Seniorinnen und Senioren, sowie auch noch im aktiven Beschäftigten kurz vor dem Eintritt den Ruhestand, die Teilnahme an einem solchen Seminar.

Josef Römer

Zusammenkunft der regionalen SeniorenvertreterInnen der vbba-Landesgruppe NRW

Im August 2014 trafen sich in Essen die **Seniorenvertreter/innen der regionalen Gruppen mit dem Vorsitzenden der vbba-Seniorenvertretung, Günther Grapp, und dem Seniorenvertreter im vbba-Landesgruppenvorstand NRW, Bernhard Buß. Mit von der Partie war auch die Vorsitzende der Landesgruppe, Helga Duhme-Lübke.**

Zunächst berichtete der Günther Grapp über den **vbba-Bundesgewerkschaftstag 2014**, auf dem die **vbba** den Zusatz „Gewerkschaft Arbeit und Soziales“ erhielt. Er informierte über die neue Führungsstruktur der **vbba** und über die analog zur **dbb**-Regelung vorgenommene Einrichtung einer eigenständigen Bundesseniorenvertretung, die aus der Geschäftsführung und je einem/ einer VertreterIn der **vbba**-Landesgruppen besteht.

Auch die Neuregelungen im Beitragswesen und die Anpassung des Beitragssatzes waren Thema. Im Anschluss hieran referierte Günther Grapp die erste Hauptversammlung der **dbb**-Bundesseniorenvertretung.

Bernhard Buß sprach anschließend über die Frühjahrssitzung der neu gebildeten **vbba**-Seniorenvertretung und verwies auf den im **vbba**-Magazin 4/2014 hierüber erschienenen Artikel.



Karin Trübner, Georg Josephs, Berthold Kotterba und Helga Duhme-Lübke

Die Landesgruppenvorsitzende Helga Duhme-Lübke nahm während der Veranstaltung die Ehrung von **Karin Trübner** aus Anlass ihrer 50jährigen Mitgliedschaft in der **vbba** und ihren Vorgängerorganisationen vor. Sie überreichte ihr, vom Beifall der Anwesenden begleitet, die Ehrenurkunde sowie eine Ehrennadel. Die Landesgruppe würdigte die langjährige Treue von Karin Trübner, die sich auch heute noch um die Seniorenbelange der regionalen Gruppe Bergisch Gladbach kümmert, durch ein besonderes Geschenk und ein Blumenangebinde.

Bernhard Buß berichtete dann über die Aktivitäten der Landesseniorenvertretung. Er verwies auf eine Vielzahl von Ehrungen und Glückwünschen zu Geburts- und **vbba**-Jubiläen, die durchweg bei den Geehrten positive Reaktionen ausgelöst haben. Die Informationen über aktuelle Seniorenthemen finden landesweit mit über 200 Mail – und 25 Post-Adressaten eine zunehmend gute Resonanz.



Karin Trübner, Helga Duhme-Lübke und Bernhard Buß

Auch die Ergebnisse des dbb-Landesgewerkschaftstages sowie die Kontakte mit der dbb-Landesorganisation (regelmäßige Treffen der Seniorenbeauftragten der Fachgewerkschaften, Teilnahme an einem Seniorenseminar des dbb NRW, umfangreiche schriftliche Informationen des BRH NRW und des Seniorenbeisitzers im dbb-Landesvorstand) finden anerkennende Erwähnung.

Günther Grapp ging anschließend auf die Auswertung der Seniorenbefragung, die im Februar 2014 stattgefunden hat, ein. 51 Antworten haben von einer guten Reaktion gezeugt. **vbba**-Seniorenseminare und eine persönliche Betreuung wurden gelobt. Zentrale Reiseveranstaltungen fanden nur wenig Interesse, so dass vermehrt über regionale Veranstaltungen von Gruppenverbänden nachgedacht werden muss. Derartige Aktivitäten könnten sodann von der Landesgruppe oder vom Bundesvorstand nach vorheriger Absprache bezuschusst werden.

Die Teilnehmer aus den regionalen Gruppen berichteten über ihre örtlichen Seniorenaktivitäten (z. B. Stammtische, Kaffeetreffen, Wanderungen, Betriebsbesichtigung, Bootstouren u. ä.) Aufmerksamkeit erregte die geplante Besichtigung einer Moschee, welche z. T. von der Seniorenvertretung der regionalen Gruppe Wesel vorbereitet wird. Gewünscht wur-



Günther Grapp, Karin Trübner und Bernhard Buß



Ewald Balkenborg und Hubert Speckenhauer

de, dass die Senioren regelmäßig an den Versammlungen der regionalen Gruppen teilnehmen sollten. Die Einrichtung der Homepage des Bundesvorstands und der **vbba**-Landesgruppe NRW wurden angesprochen; auch wurde über den **vbba**-Monatskalender diskutiert.

Bernhard Buß bedankte sich zum Abschluss für die aktive und engagierte Teilnahme der Anwesenden sowie das harmonische Klima der Veranstaltung und verwies auf die nächste Zusammenkunft Mitte 2015, bei der er sich eine größere Beteiligung der regionalen SeniorenvertreterInnen wünscht.

Bernhard Buß



Bundesregierung will Beschäftigten Grundrecht nehmen! Waldemar Dombrowski: „Treppenwitz der Geschichte!“

Mit dem geplanten „Gesetz zur Regelung der Tarifeinheit“ will die Bundesregierung trotz erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken massiv in die im Grundgesetz verankerte Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG) eingreifen.

Danach soll ein Betrieb nur noch einen Tarifvertrag mit der zahlenmäßig größeren

Gewerkschaft abschließen, zugleich werde das Streikrecht den jeweils kleineren Gewerkschaften genommen. Bundesarbeitsministerin **Andrea Nahles** verwies bei der Vorstellung des Entwurfs auf die Stärkung des Mehrheitsprinzips und wies darauf hin, dass niemand die Absicht habe, das Streikrecht einzuschränken (Anmerkung: Es hatte auch niemand die Absicht, in Deutschland eine Mauer zu bauen...).

Wir fordern die Bundesregierung auf, das weder rechtmäßige noch sachlich notwendige Gesetzesvorhaben zurück zu ziehen!

- Die geplante Einschränkung der Koalitionsfreiheit verstößt gegen das Grundgesetz und beschneidet ein fundamentales Recht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland!

- Mit welchem Recht sollen Gewerkschaften ihre Mitgliederlisten offenbaren? Selbst bei Vorstellungsgesprächen ist die Frage nach der Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft weder gestattet noch muss sie wahrheitsgemäß beantwortet werden!
- Im internationalen Vergleich wird in Deutschland sehr wenig gestreikt, selbst in den liberalen USA gibt es mehr Streiks als in „good old Germany“!
- Laut Bundesagentur für Arbeit ist die Zahl der Streiktage in den letzten Jahren stark zurückgegangen. Wurden in 2006 noch 429.000 Streiktage gezählt, waren es in 2011 70.000 Streiktage und im Jahr 2012

86.000 Tage.

- Für eine gewisse Zergliederung der Tariflandschaft sind nicht die Gewerkschaften verantwortlich, sondern vielmehr die Abkehr der Arbeitgeber vom Flächentarifvertrag.
- So gab es früher eine Einkommensrunde für den gesamten öffentlichen Dienst. Heute gibt es auf Betreiben der Arbeitgeberseite eine mit dem Bund und Kommunen, eine mit der TdL und noch einmal separat mit Hessen.

Der **vbba**-Bundesvorsitzende **Waldemar Dombrowski** äußert sich in Berlin deutlich:

„Es ist ein Treppenwitz der Geschichte, dass 25 Jahre nach dem Fall der Mauer, in ein essentielles Grundrecht der Arbeitnehmerschaft in Deutschland eingegriffen werden soll. Zugleich ist es ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten, die dieses Land nach einer herausragenden Wiedervereinigung an die Spitze Europas, ja an die Spitze der Welt gebracht haben.“ Wir fordern die Bundesregierung auf, ihren „Big-Deal“ mit der Arbeitgeberlobby schnellstens zu beenden! Unsere Auffassung zum obigen Gesetzentwurf wird auch im aktuellen Jahresgutachten der „Wirtschaftswissenschaften“ bestätigt.

vbba – Rechte der Beschäftigten sichern!

Streikrecht ist Grundrecht!

Mit einer Kundgebung haben am **4. November Vertreter/innen des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften gegen eine Einschränkung des Grundrechts der Koalitionsfreiheit und des Streikrechts demonstriert.**

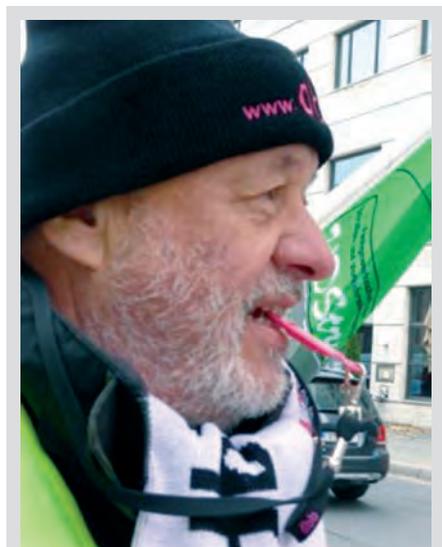
Für die **vbba** machte die Landesgruppe Berlin-Brandenburg ihrem Unmut über die Gesetzespläne lautstark Luft.

Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) führte im Maritim-Hotel in Berlin den Deutschen Arbeitgebertag durch. Gerade die BDA war stets für eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit eingetreten.

Zum Auftakt des Arbeitgebertags wurden sowohl Bundeskanzlerin **Angela Merkel** als auch Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister **Sigmar Gabriel** erwartet.



Horst Wisniewski und Lutz Lichtenheld bei der Kundgebung



Lutz Lichtenheld

Hintergrund ist das von der Großen Koalition auf den Weg gebrachte Gesetz zur Tarifeinheit, das nach dem Grundsatz „ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ kleinere Gewerkschaften an einer wirksamen Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder hindern würde. Dieser Entwurf, der Anfang Dezember ins Parlament eingebracht werden soll, ist nicht akzeptabel.

Willi Russ, Zweiter Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, ließ keinen Zweifel daran, dass sich der dbb eine Zwangstarifeinheit nicht bieten lassen und mit allen Mitteln dagegen vorgehen werde: „Wir werden aus allen Rohren schießen, wenn es um die parlamentarische Beratung im nächsten Jahr geht“.

Die Beschäftigten wollen und müssen die Wahl haben, wie und von wem sie ihre Interessen vertreten sehen wollen.

Karsten Staß

**vbba -
notwendiger
denn je**

Funktionsstufen

...wie im vbba-Magazin 4/2014 angekündigt, erscheint in dieser Ausgabe die Fortsetzung mit dem Thema „Funktionsstufen“.

Was sind Funktionsstufen?

In § 20 des Tarifvertrages für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der BA (TV-BA) sind die vereinbarten Regelungen zu Funktionsstufen geregelt.

Durch Funktionsstufen werden die Wahrnehmung zusätzlich übertragener Aufgaben bzw. Funktionen sowie besondere Schwierigkeitsgrade oder eine – geschäftspolitisch zugewiesene – besondere Bedeutung bestimmter Aufgaben abgegolten.

Funktionsstufen sind arbeitsrechtlich nicht Bestandteil der Eingruppierung. Diese werden als weiterer Gehaltsbestandteil neben dem Festgehalt gewährt.

Welche Voraussetzung sind an die Gewährung von Funktionsstufen geknüpft?

Die Funktionsstufen werden zwischen **tätigkeitsspezifischen** und **tätigkeitsunabhängigen** Funktionsstufen der Stufen 1 und 2 unterschieden.

Die Voraussetzungen, nach denen die jeweilige Funktionsstufe gezahlt wird, sind für **tätigkeitsspezifische Funktionsstufen** in den Anlagen 1.1 bis 1.11 (Zuordnungstabellen der einzelnen Dienststellen) aufgelistet.

Sie ermöglichen über das in acht Tätigkeitsebenen gegliederte Entgeltschema hinaus eine weitere Feinjustierung zwischen den Tätigkeitsebenen.

Entscheidend hierbei ist, dass die jeweiligen Anlässe bzw. Aufgaben geeignet sind, einen

Dienstposten innerhalb einer Tätigkeitsebene hervorzuheben, jedoch deren Auswirkungen auf die Kompetenzanforderungen nicht ausreichen, um eine Bewertung des Dienstpostens nach der nächst höheren Tätigkeitsebene vorzunehmen. Die Tarifvertragsparteien haben in diesem Zusammenhang folgende Kriterien entwickelt:

- Komplexität der Aufgabe
- Grad der Verantwortung
- Geschäftspolitische Setzung

und für

tätigkeitsunabhängige Funktionsstufen in der Anlage 2 (Kriterien für tätigkeits-/dienstpostenunabhängige Funktionsstufen in der BA) festgelegt.

Sie werden gezahlt für zusätzlich übertragene Aufgaben/Funktionen, die neben der originär im Rahmen der Geschäftsverteilung übertragenen Tätigkeit wahrgenommen werden und für die keine Entlastung hinsichtlich der Ausübung der übertragenen Tätigkeit erfolgt (z.B. IT-Fachbetreuer/in, Abwesenheitsvertreter/in).

Für tätigkeits-/dienstpostenunabhängige Funktionsstufen sowie für tätigkeits-/dienstpostenspezifische Funktionsstufen, die an die zusätzliche Übertragung von Funktionen oder Schwerpunktaufgaben gebunden sind, gilt der Grundsatz, dass eine Funktionsstufe für eine konkret auszuübende Funktion nur einmal gewährt werden kann.

Dauer und Höhe der Funktionsstufen

Funktionsstufen, die an eine konkrete Wahrnehmung einer Aufgabe geknüpft sind, fallen ab dem Tag weg, ab dem die entsprechenden Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden. Wird eine solche Funktion übertragen oder die Übertragung widerrufen, ist diese Maßnahme in einem Mitarbeitergespräch zu erörtern.

... und dann?

Nach Zustimmung der Gremien erfolgt die schriftliche Funktionsübertragung bzw. der Funktionswiderruf durch den Internen Service Personal.

Die Höhe der Funktionsstufe richtet sich grundsätzlich nach der Tätigkeitsebene, in der die Kollegin oder Kollege eingruppiert ist. Sofern eine Funktionsstufe im Zusammenhang mit der vorübergehenden Wahrnehmung einer höherwertigen Tätigkeit gezahlt wird, richtet sich die Höhe der Funktionsstufe nach der Tätigkeitsebene, der die vorübergehend wahrgenommene Tätigkeit entspricht. Ausnahmen von den genannten Grundsätzen ergeben sich bei bestimmten tätigkeits-/dienstpostenunabhängigen Funktionsstufen im Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Funktionen/Aufgaben, die in der Regel Kolleginnen und Kollegen der Tätigkeitsebene IV übertragen werden. Wird in diesen Fällen die eine tätigkeits-/dienstpostenunabhängige Funktionsstufe auslösende Funktion/Aufgabe ausnahmsweise Kolleginnen oder Kollegen einer niedrigeren Tätigkeitsebene übertragen, wird betragsmäßig die Funktionsstufe der Tätigkeitsebene IV gezahlt.

Teilzeitbeschäftigte Kolleginnen und Kollegen erhalten die Funktionsstufen entsprechend dem Anteil der vereinbarten Arbeitszeit.

Verhandlungen über Änderungen und Ergänzungen der Kriterien für die Gewährung von Funktionsstufen sind – ohne dass es einer Kündigung der Anlagen 1.1 bis 1.11 sowie Anlage 2 bedarf – jederzeit auf Verlangen einer der Tarifvertragsparteien aufzunehmen.

Mit Spannung erwarten wir im nächsten **vbba-Magazin** das Thema „Entwicklungsstufen“.
Karsten Staß

vbba Seminare

Grundlagenseminar BPersVG Teil 2 in Nürnberg

In der Zeit vom 26. bis 30. Oktober nahmen 24 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der gesamten Bundesrepublik am Grundlagenseminar zum Bundespersonalvertretungsgesetz Teil 2 in der Nürnberger vbba-Bundesgeschäftsstelle teil. Die Dozenten Edi Wein-

gärtner und Manfred Feit moderierten das Seminar. Die Kolleginnen und Kollegen brachten all Ihre Erfahrungen als Personalvertreter/innen aus Agentur- und Jobcenterpersonalrat, als Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen, Gleichstellungsbeauftragte und Beauf-

tragte für Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt ein.

Trotz des anspruchsvollen Rahmenplanes wurde die Gelegenheit zur Diskussion über aktuelle Problemstellungen rege genutzt. So wurden die Lernziele (u. a. Hinwirken zu einer

vertrauensvollen Zusammenarbeit, Durchsetzung geltenden Rechts, das Initiativrecht uvm.) und die Festigung des vermittelten Wissens aus Teil eins gut erreicht.

Nach vollendetem Tagewerk wurde die Gelegenheit für eine gemeinsame Exkursion genutzt. Unter Leitung einer örtlichen Stadtführerin ging es zu den „grünen Oasen“ der Stadt Nürnberg, abseits der belebten altstädtischen Gassen. Daneben wurden viele Informationen über die Entstehungsgeschichte dieser Gartenperlen bekannt.

Das Seminar und der Blick hinter die Kulissen der **vbba** waren sehr werbewirksam. Drei Teilnehmerinnen haben sich entschlossen, der **vbba** beizutreten. Die Dozenten nutzten die Gelegenheit im Auftrag der Bundesleitung **Katharina Boguth, Ingrid Gremmel** und **Simone Ewald** als neue Mitglieder der Fachgewerkschaft **vbba** zu begrüßen. Neben dem offiziellen Mitgliedsschreiben gab es für jede der Damen je einen kleinen Bocksbeutel fränkischen Weins.

Die Diskussionen in der Gruppe haben die Planung der Arbeitsgruppe Seminarwesen bestätigt. Speziell Fragen zum Beruflichen Gesundheitsmanagement sowie Eingliederungsmanagement, Tarif-, Beamten- und Schwerbehindertenrecht konnten nicht entsprechen ihrem Anspruch im Seminarrahmen behandelt werden. Hier konnte jedoch auf die zusätzlich eingerichteten Spezialseminare hingewiesen werden. Die Termine entnehmen



Teilnehmer/innen Gruppenbild

Sie bitte dem **vbba**-Magazin und der **vbba**-Homepage. Anmeldung bei der **vbba**-Bundesgeschäftsstelle.

Das positive Feedback hat die fundierte Arbeit der **vbba** im Seminarwesen belegt. Vor allem die praktische Erfahrung und das fachspezifische Wissen der Dozenten haben sich als Vorteil erwiesen. Das Seminar hat gezeigt, dass der Umzug der Bundesgeschäftsstelle in die neuen Räume in die Heideloffstraße richtig und notwendig war. Ne-

ben der technischen Einrichtung standen die Mitarbeiterinnen den Teilnehmern/innen und Dozenten mit Rat und Tat zur Seite. So stand zusätzliches Informationsmaterial sofort und in ausreichender Zahl zur Verfügung, was bei externen Seminarorten nicht immer ohne Reibungsverluste möglich war.

Die Seminarteilnehmer/innen bedankten sich dafür mit Pralinen und Blumen beim Team der Bundesgeschäftsstelle.

Manfred Feit



Neumitglieder v. l. n. r.: Edi Weingärtner, Simone Ewald, Ingrid Gremmel, Katharina Boguth, Manfred Feit (Namensveröffentlichung ist positiv erklärt worden)



V. l. n. r.: Edi Weingärtner, Katharina Skowronek, Margit Bogner und Manfred Feit

SGB II: Erstes vbba-Seminarangebot für gewählte Personalräte in den Jobcentern – Grundlagenseminar zum TVöD vom 2. bis 4. November in Königswinter

Engagierte Personalratsmitglieder trafen vom 02. Bis 04. November in der dbb Akademie Königswinter zum ersten **vbba**-Seminar zum Thema **Grundlagen TVöD**. Anwesend waren neben sieben gewählten Personalräten aus den unterschiedlichsten Regionen Deutschlands auch **Uwe Mayer** und **Mathias Schulz** aus der **vbba**-Bundesleitung. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde stieg Dozent **Rüdiger Backes** sofort in das spannende Thema ein. Es wurde deutlich, dass der Unter-

schied zwischen den geltenden Tarifverträgen TVöD und TV-BA stellenweise sehr groß ist.

Für die Personalräte ist es in der täglichen Arbeit überaus wichtig, beide Tarifverträge gut zu kennen und ständig zu überprüfen, ob die Bestimmungen beider Tarifwerke für die jeweiligen Mitarbeitergruppen korrekt angewendet werden. Umso wichtiger ist es für die Personalräte, in diesem Thema gut geschult zu sein. Im Seminar wurde schnell klar, dass

sowohl die Struktur als auch der Inhalt der Tarifverträge sehr unterschiedlich sind. Deutlich wird dies bereits an den unterschiedlichen Entgelttabellen. Auf der einen Seite im Bereich des TVöD 15 Entgeltgruppen (E1 bis E15) und auf der anderen Seite der TV-BA, der hier 8 Tätigkeitsebenen und Funktionsstufen kennt (TE VIII bis TE I). Dazu kommen im Bereich des TVöD noch leistungsorientierte Entgeltbestandteile, die der TV-BA in der Form erst für Führungskräfte ab der TE III kennt. Wichtig an dieser Stelle: Eine Auszahlung der leis-

tungsorientierten Entgeltbestandteile für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Geltungsbereich des TVöD ist nur möglich, wenn es eine geltende Dienstvereinbarung zu diesem Thema im Jobcenter gibt. Unterschiede bestehen ebenfalls bei der Eingruppierung und vor allem bei den formalen Voraussetzungen für den Aufstieg in eine höher zu bewertende Tätigkeit. Auf der einen Seite gibt es im Bereich des TV-BA den sogenannten „prüfungsfreien Aufstieg“.

Dem gegenüber steht für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Geltungsbereich des TVöD die Notwendigkeit des Ablegens einer Verwaltungsfachprüfung oder eines Verwaltungstudiums.

Ein weiterer Schwerpunkt des Seminars bildete das Thema Eingruppierung. Hierbei wurden die wesentlichen Regelungen anhand von Fallbeispielen bearbeitet. Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer war es wichtig, die relevanten Eingruppierungsmerkmale einer Tätigkeit und die entsprechende Eingruppierung zu kennen. Am letzten Tag beschäftigten sich die Anwesenden mit gesetzlichen und tariflichen Bestimmungen zu Fragen der Befristung von Arbeitsverträgen. Hierbei wurde der Fokus auf sachgrundlose Befristungen sowie Befristungen mit Sachgrund und die aktuellen gerichtlichen Entscheidungen gelegt. Insgesamt stellten die Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer übereinstimmend fest, dass die gewonnenen Erkenntnisse unerlässlich für eine gute Personalratsarbeit sind.



V. l. n. r.: Ralf Wehrheit, Thomes Bechtle, Sabrina Lorenz, Mathias Schulz, Anke Menzel, Sylke Schröder, Uwe Mayer, Stefanie Greven und Heiko Wehrmann

Im Laufe des Seminars konnten viele Fragen rund um die geltenden Tarifverträge beantwortet werden. Im kommenden Jahr 2015 wird die **vbba** zwei weitere Seminarangebote in Nürnberg anbieten. Interessierte Mitglieder und Personalräte können sich bereits jetzt unter dem Stichwort „TVöD-Grundschulung 2015“ bei der Bundesgeschäftsstelle (info@vbba.de) anmelden.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass das Thema Tarifrecht ein Themenbereich ist, was

jedes Personalratsmitglied sicher beherrschen sollte, da die einzelnen Fallgestaltungen sehr unterschiedlich und sehr individuell gelagert sind. Zusätzlich ist es wichtig, auch regelmäßig über die neuesten gerichtlichen Entscheidungen informiert zu sein. Zur Frage der Anrechenbarkeit von beruflicher Vorerfahrung, und somit ggf. einer höheren Eingruppierung bei Beginn der Beschäftigung, gibt es derzeit (bedingt durch ein Urteil des EuGH) eine Menge Bewegung.

Mathias Schulz

Senioren/innen-Seminare 2015

Aufgrund der ungebrochen hohen Teilnehmermeldungen in den letzten Jahren werden auch in 2015 wieder zwei Maßnahmen angeboten:

Seniorenseminar I vom 16.06. – 18.06.2015 in Edenkoben/Pfalz

Seniorenseminar II vom 18.10. – 20.10.2015 im dbb forum Siebengebirge in Königswinter-Thomasberg

In diesen Seminaren bieten wir Inhalte, die speziell auf die besonderen Bedürfnisse unserer Seniorinnen und Senioren zugeschnitten sind. Die bisherigen positiven Erfahrungen haben gezeigt, dass es viele Mitglieder gibt, die auch im Ruhestand gerne mal wieder ein Seminar „in eigener Sache“ besuchen wollen.

Sind Sie 60 Jahre und älter, noch im Dienst, in Altersteilzeit, in Pension oder Rente? Dann ist dieses Seminar für Sie besonders interessant!

Geplante Themen/Inhalte:

- Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung

- Pflegeversicherung / Beihilfeleistungen
- Erben und Vererben
- Versorgungsrechtliche Aspekte
- Gesunde Bewegung und Ernährung im Alter
- Gedächtnistraining
- Europapolitisches Thema

Die **Eigenbeteiligung** an den Seminarkosten (3 Tage inkl. Fahrkosten) beträgt für **vbba**-Mitglieder **60,- €**. Lediglich Nichtmitglieder (z.B. Ehepartner/innen) tragen die anfallenden Kosten in voller Höhe selbst.

Anmeldungen (mit aktueller Privatanschrift und E-Mail-Adresse) bitte bis **spätestens**

25.01.2015 an die **vbba**-Bundesgeschäftsstelle, Heideloffstr. 21 90478 Nürnberg (E-Mail: info@vbba.de). Mitglieder, die in den letzten drei Jahren an einem entsprechenden Seminar teilgenommen haben, werden nachrangig berücksichtigt.

Die Mitteilung über eine Teilnahmeberücksichtigung erfolgt kurzfristig im März /April 2015. Erst mit der Zahlung der Eigenbeteiligung wird die Teilnahme verbindlich. Die konkrete Einladung zu dem Seminar erfolgt zu gegebener Zeit durch die Bundesgeschäftsstelle bzw. durch die dbb akademie. Bei Nichtberücksichtigung erfolgt ebenfalls eine Benachrichtigung.

Seminar-Termin-Übersicht 2015

von	bis	interne Nr.	Schulungsthema	Ort	Teilnehmerzahl	Kosten
16.02.2015	20.02.2015	5p21n	Grundschulung BPersVG – Teil 2	Nürnberg	24	Euro 750,00
09.03.2015	13.03.2015	5sb1bb	Schwerbehindertenrecht f. Gremien der BA	Bad Birnbach	25	Euro 750,00
31.03.2015	02.04.2015	5tvöd1n	Grundlagen des TVöD – NEU	Nürnberg	24	Euro 450,00
22.04.2015	24.04.2015	2015-B087GB	Mitgliedergewinnung und -betreuung	Königswinter	20	s. dbb-akademie
28.04.2015	30.04.2015	5tvba1n	Grundlagen TV-BA	Nürnberg	24	Euro 450,00
16.06.2015	18.06.2015	5s1e	Seniorensseminar – spezifische Themen	Edenkoben	20	Euro 60,00
23.06.2015	25.06.2015	5b1n	Grundlagen des Beamtenrechts „Bund“ – NEU	Nürnberg	24	Euro 450,00
13.07.2015	17.07.2015	5p11n	Grundschulung BPersVG – Teil 1	Nürnberg	24	Euro 750,00
22.09.2015	24.09.2015	5tvöd2n	Grundlagen des TVöD – NEU	Nürnberg	24	Euro 450,00
18.10.2015	20.10.2015	2015-B205GB	Seniorensseminar – Gesundheitsmanagement	Königswinter	20	s. dbb-akademie
27.10.2015	29.10.2015	5bgm1n	Aufbauseminar zu BGM/BEM/Arbeitsschutz – NEU	Nürnberg	24	Euro 450,00
07.12.2015	11.12.2015	5p22n	Grundschulung BPersVG – Teil 2	Nürnberg	24	Euro 750,00

Über die genauen Inhalte können Sie sich auf unserer Homepage unter www.vbba.de oder bei unserer Bundesgeschäftsstelle unter info@vbba.de informieren.

Anmeldungen an

vbba-Bundesgeschäftsstelle, Heideloffstr. 21, 90478 Nürnberg oder per Fax 0911-4800663 oder per Email info@vbba.de und **Anmeldebogen**.

Stornokosten werden in Rechnung gestellt.

Anmeldung zu den Seminaren vbba 2015

Name: _____

Vorname: _____

Dienststelle: _____

Privat-Adresse: _____

Seminarnummer: _____

Mir ist bekannt, dass bei Stornierung meinerseits anfallende Stornokosten in Rechnung gestellt werden.



70 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt

Die Pflege zu Hause bietet Pflegebedürftigen ein Leben in der gewohnten Umgebung. Doch ist der Wunsch vieler Betroffenen auch häufig mit hohen finanziellen Belastungen verbunden: Vom Umbau der eigenen vier Wände, über ambulante Pflegekräfte bis hin zu Hilfen für pflegende Angehörige. Die gesetzliche Pflegeversicherung kann diese Kosten in der Regel nicht decken. Aber auch Beihilfeberechtigte sollten sich nicht in Sicherheit wiegen: Bei einer Pflegebedürftigkeit entsteht auch hier häufig eine Versorgungslücke. Der Ausweg aus der Pflege-Falle: Wer mit einer privaten Pflegeversicherung zusätzlich versorgt, muss die Kosten nicht fürchten.

Und plötzlich ist alles anders. Heike Schmidt, 66 Jahre erleidet zu Hause einen Schlaganfall. Sie muss sofort ins Krankenhaus. Dort teilen die Ärzte ihrem Mann Peter mit, dass seine Frau halbseitig gelähmt, und damit schwerpflegebedürftig sein wird. Für den 68jährigen bricht eine Welt zusammen. Hatte er sich doch darauf gefreut, mit seiner Frau noch viele gemeinsame Reisen zu unternehmen. Doch daraus wird nichts.

Seine Frau in ein Heim zu geben, kommt für Herrn Schmidt nicht in Frage. Doch ist die Pflege zu Hause überhaupt finanziell tragbar? Peter und Heike Schmidt haben sich mit dem Thema Pflege während ihrer Berufstätigkeit nicht weiter beschäftigt. Die langjährigen **vbba**-Mitglieder gingen davon aus, dass die Beihilfe sie im Ernstfall umfassend absichert. Doch jetzt, da der Ernstfall eingetreten ist, merkt Peter Schmidt: Er hat sich getäuscht. Die Leistungen reichen nicht aus, um die hohen Kosten für die häusliche Betreuung seiner Frau zu decken.

Pflegeversicherung allein deckt Kosten nicht

Es beginnt bei den eigenen vier Wänden: Das Haus muss umgebaut und an die neuen Bedürfnisse von Heike Schmidt angepasst werden, damit sie weiterhin dort wohnen kann. Für die Betreuung seiner Frau ist Peter Schmidt zudem auf die Unterstützung durch einen mobilen Pflegedienst angewiesen. Das alles kostet. Zwar erhält Heike Schmidt den Status Pflegefall der Stufe II und damit monatlich bis zu 1.100 Euro für die Aufwendungen ihrer häuslichen Pflege. Ab 2015 erhöht sich diese Leistung auf 1.144 Euro. Doch unter dem Strich fehlen Monat für Monat rund 1.700 Euro.

Familie Schmidt ist kein Einzelfall. Rund 2,5 Millionen Menschen sind in Deutschland auf Pflege angewiesen – nach Angaben des Statistischen Bundesamtes könnten es im Jahr 2050 bis zu 4,7 Millionen sein. Darunter sind auch viele Beamte und Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die sich wie Peter Schmidt und seine Frau in Sicherheit wiegen. Erst jetzt im Pflegefall erkennen sie, dass zum Beispiel Beihilfe und Private Pflegepflichtversicherung nicht ausreichen und sie sich schwer tun, die monatliche Versorgungslücke zu schließen. Dies gilt insbesondere für die ambulante Pflege – 70 Prozent der Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt.

Frühzeitig privat vorsorgen

Doch dazu muss es nicht kommen. Heiko Bachert, 47 Jahre, hat mit Peter Schmidt viele Jahre zusammengearbeitet. Im Gegensatz zu seinem ehemaligen und älteren Kollegen hat sich das **vbba**-Mitglied dazu entschlossen, die Leistungen aus Beihilfe und Privater Pflegepflichtversicherung zu ergänzen, und eine zusätzliche private Pflegeversicherung abzuschließen. Während seiner Recherche ist er schnell auf das **dbb vorsorgewerk** gestoßen. Dort profitiert er mit dem Tarif „Flex“ der DBV Deutsche Beamtenversicherung über das **dbb vorsorgewerk** von einem guten Preis-/ Leistungsverhältnis. Und als Mitglied einer **dbb** Mitgliedsgewerkschaft zusätzlich von 3 Prozent Beitragsvorteil. Heiko Bachert schätzt an dem Angebot, das er vorsorgen und gleichzeitig flexibel sein kann. Er hat die Möglichkeit, jede Pflegestufe einzeln nach persönlichem Wunsch mit einem unterschiedlichen monatlichen Pflegegeld zu versichern. Heute kostet die Absicherung für einen 47jährigen Mann beziehungsweise für eine 47jährige Frau mit 1.500 Euro monatlichem Pflegegeld in den Pflegestufen II und III nur 44,23 Euro im Monat. Damit hat er sich für den Fall einer Pflegebedürftigkeit finanziell abgesichert und zugleich seine Frau und zwei Kinder vor zusätzlichen Belastungen geschützt.

Alexander Schrader, Geschäftsführer des **dbb vorsorgewerk** kann daher nur jedem **vbba**-Mitglied raten, es Herrn Bachert gleich zu tun und das Thema Pflege nicht auf die lange Bank zu schieben. „Wer bereits frühzeitig eine zusätzliche Pflegevorsorge abschließt, profitiert durch sein Alter von geringeren Beiträgen. Deshalb ist es nur klug, privat etwas zu tun. Jeder hat die Möglichkeit dazu. Und seit 2013 gibt es dazu staatliche Fördergelder.“

Der Tarif Flex ist unter www.dbb-vorsorgewerk.de/pflege auch online abschließbar. Berechnen Sie hier ganz unverbindlich Ihren Beitrag – auch mit staatlicher Förderung.

Welche Möglichkeiten für Sie bestehen, rechnen Ihnen die Kolleginnen und Kollegen in der Kundenbetreuung des dbb vorsorgewerk gern aus. Diese sind montags bis freitags in der Zeit von 8:00 bis 18:00 Uhr unter 0304081-6444 für Sie da.

EUGH – Urteil zur Altersdiskriminierung bei der Beamtenbesoldung

Mit einem vbba aktuell vom 11.12.2013 hatten wir über die Schlussanträge des Generalanwaltes zu den Vorlagebeschlüssen des Verwaltungsgerichts Berlin zur Altersdiskriminierung bei der Beamtenbesoldung informiert. Dabei hatten wir geraten, zur Wahrung eventueller Rechte Widerspruch einzulegen oder Anträge mit dem Ziel einer altersdiskriminierungsfreien Besoldung zu stellen.

Inzwischen wurden diese Widersprüche als unbegründet zurück gewiesen.

Eine rechtliche Überprüfung hat ergeben, dass in der vorliegenden Konstellation mit der Antragstellung im Dezember 2013 keine hinreichenden Erfolgsaussichten vorliegen.

Aus der Entscheidung des EUGH bleibt festzustellen, dass die seit der Dienstrechtsreform

in 2009 gültige Besoldung mit den Erfahrungsstufen und die erfolgte Überleitung in dieses System als mit EU-Recht vereinbar gilt.

Da keine Erfolgsaussichten bei der Rechtsverfolgung erkennbar sind, ist die Gewährung von Rechtsschutz nach der Rechtsschutzordnung der vbba leider nicht möglich.

Gerhard Knab

vbba Information



Alles Gute für 2015!

Die vbba überweist allen Mitgliedern einen Glückscents für das kommende Jahr, verbunden mit den besten Wünschen.



Hintergrund: Durch die Überweisung wird die Richtigkeit der Bankverbindung im Rahmen der Zentralisierung des Beitragseinzuges und der erfolgten Datenmigration in ein neues Mitgliederverwaltungssystem getestet.

Stephan Fingerle

Mitgliederinformation:

Zum 01.01.2015 werden wir bei der vbba-Gewerkschaft Arbeit und Soziales über eine zentrale Mitgliederdatei verfügen. Damit ist es möglich, die Mitgliedsbeiträge zentral durch unsere Bundesgeschäftsstelle einzuziehen. Als Termin für den Beitragseinzug sind vorgesehen (vorbehaltlich der Beschlüsse der BuHaVO am 28.11.2014 und 29.11.2014):

REGELEINZUGSTERMINE:

Zahlungen für Beiträge im Quartal:
Zahlungen für Beiträge im Halbjahr:
Zahlungen für Beiträge im Jahr:

01.01, 01.04, 01.07. und 01.10.
01.01. und 01.07.
01.01. des jeweiligen Kalenderjahres

Abweichende Termine werden entsprechend vorher bekanntgegeben.

Für die Wahrung Ihrer Rechte aus der Mitgliedschaft bei der vbba ist die satzungsgemäße Zahlung ihrer Beiträge wichtig. Änderungen im Status nach Ausbildung, ISB, Beginn und Ende von Elternzeit und Höhergruppierung sind der vbba sofort mitzuteilen. Dazu verwenden Sie bitte die auf der Homepage abgestellten Vordrucke.

Ganz wichtig ist ebenfalls, einen Wechsel in der Bankverbindung mitzuteilen. Auch Bankfusionen führen zur einer Änderung der IBAN.

Die Veränderungsmitteilung schicken Sie bitte direkt an die Bundesgeschäftsstelle Heideloffstr. 21, 90478 Nürnberg oder per

Email an die vbba. Unsere entsprechenden Mail Adressen werden wir im Magazin veröffentlichen.

Auch Adressänderungen bitte mitteilen. Nur dann können wir Ihnen alle Informationen rund um die vbba zukommen lassen.

Stephan Fingerle

Ihre Ansprechpartner/innen in der vbba:

vbba-Landesgruppe Baden-Württemberg

Christian Löschner
Montafoner Str. 1b
79423 Heitersheim
Tel.: 0 76 34 / 6 95 69 10
Fax: 0 76 34 / 6 95 69 11
info@vbba-bw.de oder bw@vbba.de
www.vbba-bw.de

vbba-Landesgruppe Bayern

stellvertretender Vorsitzender
Joachim Morawietz
Volckamer Str. 60
90768 Fürth
Tel. 09 11 / 5 29 27 00
Morawietz@teleson-mail.de oder bayern@vbba.de

vbba-Landesgruppe Berlin-Brandenburg

c/o Frau Karin Schneider
Greifenberger Str. 30
12355 Berlin
Tel. 01 51 / 50 60 22 08
landesgruppe@vbba-bb.de oder bb@vbba.de
www.vbba-bb.de

vbba-Landesgruppe Hessen

Herrn Axel Lehmann
Afföllerstraße 25 (Arbeitsagentur)
35039 Marburg
Lehmann305@aol.com oder hessen@vbba.de

vbba-Landesgruppe Niedersachsen-Bremen

Frau Silke Babel
Brühlstraße 4
30169 Hannover
Tel. 05 11 / 9 19 12 22
Mobil: 01 70 / 2 99 66 80
info@vbba-nsb.de oder nsb@vbba.de

vbba-Landesgruppe Nord

Herrn Siegfried Pedd
Teinstücken 2 n
22525 Hamburg
Tel. 01 71 / 2 06 56 33
SPedd@t-online.de oder nord@vbba.de

vbba-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen

Frau Helga Duhme-Lübke
vorsitz@vbba-nrw.de
Post an Geschäftsstelle:
Herrn Bernhard Buß
Normannenweg 60
59519 Mönnesee
info@vbba-nrw.de oder nrw@vbba.de

vbba-Landesgruppe Rheinland-Pfalz-Saarland

Herrn Wolfgang Trapp
Lerchenstraße 5
66793 Saarwellingen
Wolfgang.Trapp@arbeitsagentur.de oder
rps@vbba.de

vbba-Landesgruppe Sachsen

Geschäftsstelle
c.o. Michael David
Bruchmühler Straße 62
15370 Fredersdorf
info@vbba-sachsen.de oder sachsen@vbba.de

vbba-Landesgruppe Sachsen-Anhalt-Thüringen

c/o Herr Sven Strauß
Am Teufelsloch 4
06526 Sangerhausen
Tel. 01 77 / 2 80 97 40
Fax 0 32 12 / 1 45 42 21
(ab 2,9 ct./min aus dem dt. Festnetz)
Internet: www.vbba-sat.de
vorstand@vbba-sat.de oder sat@vbba.de

vbba-Landesgruppe

Zentrale – Services

Heiko Lemke
Erlenweg 5
91244 Reichenschwand
Heiko.Lemke@nefkom.net oder zs@vbba.de

vbba-Bundesgeschäftsstelle

Heideloffstraße 21
90478 Nürnberg
Tel. 09 11 / 48 00 662
Fax 09 11 / 48 00 663
info@vbba.de
www.vbba.de

Das nächste Heft erscheint im Februar 2015

Beiträge erbitten wir bis zum Redaktionsschluss am
23. Januar 2015



IMPRESSUM: vbba MAGAZIN – Gewerkschaft Arbeit und Soziales · **Herausgeber und Anzeigenwerbung:** vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales · **vbba-Bundesgeschäftsstelle:** Heideloffstraße 21, 90478 Nürnberg, Tel. 09 11 / 48 00 662, Fax 09 11 / 48 00 663, **e-mail:** info@vbba.de, **Internet:** www.vbba.de
V.i.S.d.P.: Waldemar Dombrowski (Bundesvorsitzender), Redakteurin: Constanze Gläser. – Nachdruck von Beiträgen nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Für die Richtigkeit der mit einer Quellenangabe (ohne vbba und dbb) oder mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge wird weder eine Gewähr übernommen noch entsprechen sie in jedem Fall der Meinung der vbba. Das Verbandsorgan erscheint zweimonatlich. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. **Druck:** Preußler Druck + Versand GmbH & Co. KG, Dagmarstr. 8, 90482 Nürnberg, Tel. 09 11 / 9 54 78-0, Fax 09 11 / 54 24 86

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt in die Fachgewerkschaft
vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales
im dbb beamtenbund und tarifunion

ab

0	1	.			.	2	0	1	
---	---	---	--	--	---	---	---	---	--

Herr Frau

Name: _____ Vorname: _____

geboren am: _____

Straße: _____ PLZ/Ort: _____

Telefon(privat): _____ E-Mail(privat): _____

jetzige oder letzte Dienststelle: _____

Mitglied in einer anderen Gewerkschaft: nein ja, welcher _____

Beamtin/Beamter

In-Sich-Beurlaubte/r Tätigkeitsebene: _____ TV-BA } Teilzeit _____ Std. wtl.

Arbeitnehmer/in Tätigkeitsebene: _____ TV-BA TVöD

Nachwuchskraft als _____

Ausbildungs-/Studienbeginn _____

Ruhestandsbeamtin/-beamter Rentner/in Hinterbliebene/r

Der Monatsbeitrag ergibt sich aus der Beitragsübersicht.
Mit der elektronischen Speicherung meiner Daten bin ich einverstanden.

_____, den _____
Ort Datum Unterschrift

Ermächtigung zum Einzug des vbba-Beitrags mittels Lastschrift

Hiermit ermächtige/n ich/wir Sie widerruflich, die fälligen vbba-Beiträge ab _____

vierteljährlich halbjährlich jährlich
(01.01., 01.04., 01.07., 01.10.) (01.01.; 01.07.) (01.01.)

zu Lasten meines Girokontos bei der _____

IBAN: _____ BIC: _____

mittels Lastschrift einzuziehen. Gläubiger-ID: **DE 45 ZZZZ 00001212144**

Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung der Lastschrift. Gebühren hierfür werden dem Mitglied in Rechnung gestellt. Abbuchungen von Sparkonten sind gesetzlich nicht zulässig.

Name und Vorname des/der Kontoinhaber in Druckbuchstaben Datum Unterschrift(en)

Wie wurden Sie auf uns aufmerksam?

auf Empfehlung der Kollegin / des Kollegen _____ durch Werbematerial _____

durch Werbeaktion, welche? _____

Sonstiges _____

vbba

Bundesgeschäftsstelle
Heideloffstraße 21
90478 Nürnberg

B 21351

Postvertriebsstück
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt

**Die vbba wünscht ihren
Mitgliedern
geseignete und
erholsame
Weihnachten
sowie alles
Gute
für 2015!**

